

## Hartmut Mehls

### Arbeiterwohnungsbau und Wohnerfahrungen in Hoyerswerda zwischen 1955 und 1965

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1014>

Reprint von:

Hartmut Mehls, Arbeiterwohnungsbau und Wohnerfahrungen in Hoyerswerda zwischen 1955 und 1965, in: Niederlausitzer Industriearbeiter 1935 bis 1970. Studien zur Sozialgeschichte, herausgegeben von Peter Hübner, Akademie Berlin, 1995 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 7), ISBN 3-05-003006-2, S. 233-262

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <[redaktion@zeitgeschichte-digital.de](mailto:redaktion@zeitgeschichte-digital.de)>



Zitationshinweis:

Hartmut Mehls (1995), Arbeiterwohnungsbau und Wohnerfahrungen in Hoyerswerda zwischen 1955 und 1965, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1014>

Ursprünglich erschienen als: Hartmut Mehls, Arbeiterwohnungsbau und Wohnerfahrungen in Hoyerswerda zwischen 1955 und 1965, in: Niederlausitzer Industriearbeiter 1935 bis 1970. Studien zur Sozialgeschichte, herausgegeben Peter Hübner, Akademie Berlin, 1995 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 7), ISBN 3-05-003006-2, S. 233-262

# Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Forschungsschwerpunkt  
Zeithistorische Studien Potsdam

Band 7

# Niederlausitzer Industriearbeiter 1935 bis 1970

Studien zur Sozialgeschichte

Herausgegeben von Peter Hübner



Akademie Verlag

Der Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien ist eine Einrichtung der Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH München, die von der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft e.V. zur Betreuung von sieben geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkten gegründet wurde.

Gedruckt mit Unterstützung der Förderungsgesellschaft  
Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

**Niederlausitzer Industriearbeiter 1935 bis 1970** : Studien zur  
Sozialgeschichte / hrsg. von Peter Hübner. – Berlin :  
Akad. Verl., 1995

(Zeithistorische Studien ; Bd. 7)

ISBN 3-05-003006-2

NE: Hübner, Peter [Hrsg.]; GT

ZZF 4831 (HBB ZZF)  
Zentrum für Zeithistorische Forschung e.V.  
Bibliothek

© Akademie Verlag GmbH, Berlin 1995

Der Akademie Verlag ist ein Unternehmen der VCH-Verlagsgruppe.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Das eingesetzte Papier entspricht der amerikanischen Norm ANSI Z.39.48 – 1984  
bzw. der europäischen Norm ISO TC 46.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

Satz: Dörlemann-Satz, Lemförde

Druck: GAM Media GmbH, Berlin

Bindung: Dieter Mikolai, Berlin

Printed in the Federal Republic of Germany

# Inhalt

PETER HÜBNER	
Einleitung .....	9
I. Kontinuitäten im gesellschaftlichen Umbruch	
PETER HÜBNER	
Arbeiter und sozialer Wandel im Niederlausitzer Braunkohlenrevier von den dreißiger Jahren bis Mitte der sechziger Jahre .....	23
1. Eine verlängerte Hochindustrialisierungsperiode .....	23
2. Kontinuität und Wandel in Sozialstruktur und Milieu der Industriearbeiterschaft vor dem Zweiten Weltkrieg .....	26
3. Industriearbeiter im Zweiten Weltkrieg und in der frühen Nachkriegszeit .....	35
4. Soziale Rekonstruktion der Industriearbeiterschaft im gesellschaftlichen Umbruch nach 1945 .....	41
5. Arbeiter unter den Bedingungen industrieller Schwerpunktförderung in den fünfziger und sechziger Jahren .....	49
NIKOLA KNOTH	
Landschaft auf Kohle. Sozialhistorische Perspektiven des Umweltproblems am Beispiel des Kreises Spremberg .....	61
1. Vorbemerkung .....	61
2. Das Umfeld – Spremberg: Sozialstruktur und politische Mentalität .....	63
3. Braunkohle: Frühe Erfahrungen im regionalen Milieu .....	70
4. Quo vadis Spremberg? .....	80
5. Ausblick und Fazit .....	91

ANKE WAPPLER

Sichten auf den Betriebsalltag einer Gubener Tuchfabrik. 1936 bis 1945 ...	95
1. Guben in der NS-Zeit .....	96
2. Die Fa. C. Lehmann's Wwe. & Sohn - Das Unternehmen und die Besitzer ....	97
3. Die Arbeiterschaft .....	100
4. Betriebliche Sozialleistungen .....	104
5. Nationalsozialistische Organisationen im Betrieb .....	109
6. Mitmachen ohne Widerspruch? .....	112
7. Fremdarbeiter .....	115
8. Das Kriegsende .....	121

## II. Das Braunkohlenrevier als Lebenswelt

GERHARD LIPPOLD

Arbeiter in Hoyerswerda 1955-1965.

Ergebnisse der Zeitbudgetuntersuchung 1965 .....	125
--------------------------------------------------	-----

CHRISTEL NEHRIG

Industriearbeiter im dörflichen Milieu. Eine Studie zur Sozialgeschichte der Niederlausitzer Nebenerwerbsbauern von 1945 bis 1965 .....	167
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

1. Ausstattung mit lebendem und totem Inventar .....	177
2. Wohnungssituation .....	178
3. Vorteile des Status ländlicher Industriearbeiter .....	182
4. Landrückgaben von Nebenerwerbsbauern .....	184
5. Bergbaubedingte Landabgabe .....	187
6. Ländliche Industriearbeiter und die Kollektivierung der Landwirtschaft .....	187

FRANK FÖRSTER

Landsässige Tagebaubeschäftigte im ethnisch gemischten Teil der Oberlausitz. Eine Fallstudie 1972 .....	193
---------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

1. Vorbemerkung .....	193
2. Historische Einführung .....	194
3. Die auf dem Lande wohnenden Beschäftigten des Tagebaus Lohsa 1972 .....	202

## III. Alltag, Lebensweise, Kultur

HARTMUT MEHLS

Arbeiterwohnungsbau und Wohnerfahrungen in Hoyerswerda zwischen 1955 und 1965 .....	233
-------------------------------------------------------------------------------------	-----

1. Die Standortwahl für Hoyerswerda-Neustadt .....	237
2. Der Wandel des Stadtyps .....	240

Inhalt	7
3. Das gebaute Wohnumfeld	245
4. Die Wohnungen	255
5. Schluß	260

MONIKA RANK

Sozialistischer Feierabend? Aspekte des Freizeitverhaltens von Industriearbeitern des Senftenberger Braunkohlenreviers in den 1950er Jahren	263
1. Freizeit im Produktionsbetrieb	268
2. „Gute“ Filme	274
3. Sport „verordnet“	275
4. Feiertage und Feste	278

MARTINA LANGERMANN

Auf der „Großbaustelle des Jahrhunderts“. Brigitte Reimann in „Schwarze Pumpe“	285
1. Das Beispiel	285
2. Umzug in eine neue Lebenswelt	288
3. Im Gespräch	292
4. „Ankunft im Alltag“. Auf der Suche nach einem Ort der Hoffnung?	295
5. Das Bild vom „guten Kommunisten“	296
6. Die Brigade und ihr Meister als Gegenwelt zur „kleinbürgerlichen Welt“	299
7. Die Brigade und der junge Künstler	303

#### IV. Niederschlesien nach 1945. Eine Nachbarregion im historischen Vergleich.

MAREK ORDYŁOWSKI

Soziale Konstituierungsprozesse in Niederschlesien nach dem Zweiten Weltkrieg. (Übersetzung: Christa Hübner)	309
1. Die politische, wirtschaftliche und demographische Situation in Niederschlesien im Jahre 1945	309
2. Die Besiedlung Niederschlesiens durch die polnische Bevölkerung und die Aussiedlung der Deutschen	313
3. Die materielle Situation der neuen Bewohner Niederschlesiens	319
4. Integrationsprozesse der niederschlesischen Gesellschaft	325

Anhang

1. Abkürzungsverzeichnis .....	329
2. Tabellenverzeichnis .....	331
3. Personen-, Orts- und Firmenregister .....	333

HARTMUT MEHLS

## Arbeiterwohnungsbau und Wohnerfahrungen in Hoyerswerda zwischen 1955 und 1965

Als Brigitte Reimann, die literarische Chronistin des Aufbaus von Hoyerswerda-Neustadt,<sup>1</sup> 1968 die Stadt nach einem knappen Jahrzehnt wieder verließ, schreibt sie voller Verwunderung: „Merkwürdig, wie man sein Herz an diese öde Landschaft gehängt hat, an diese unmögliche Stadt, an die Leute, an – Gott weiß was. Wenn ich denke, daß nur ein paar Blöcke in einer Sandwüste standen, als wir hierherkamen, und jetzt ist es eine Stadt von fast sechzigtausend Einwohnern, und das Kombinat ist ein riesiger Komplex geworden.“<sup>2</sup> Nicht nur die sensible Schriftstellerin besaß ein zwiespältiges Verhältnis zu dieser Stadt, sondern dieses Gefühl zwischen Zuwendung und Ablehnung ist heute noch bei der Aufbaugeneration verbreitet; der Stolz auf das Geleistete herrscht vor, wobei die triste Gegenwart zur Verklärung der Vergangenheit beiträgt. Der Chefarchitekt von Hoyerswerda betrachtete sein Werk bereits 1963 mit einer gewissen Trauer: „Er hat sich seine Stadt auch anders vorgestellt. Er sagt, er habe sich vorgestellt, er werde eine wunderschöne Stadt bauen und später, wenn er alt ist, zuweilen aus Dresden überkommen, die Straße entlanggehen und in seiner Stadt Kaffee trinken. Die Mittel für die zentralen Bauten sind rigoros gestrichen worden.“<sup>3</sup>

Stadtplaner und Architekten waren 1955 angetreten mit dem Auftrag der DDR-Regierung, „die harmonische Befriedigung des menschlichen Anspruches auf Arbeit, Wohnung, Kultur und Erholung“<sup>4</sup> zu realisieren. Dabei trafen sie auf zwei Schwierigkeiten, die sich heute noch auf Stadtbild und -leben auswirken:

1. Hoyerswerda ist unfertig. Das mit großer Sorgfalt und viel Phantasie geplante Stadtzentrum und der großzügig entworfene Kulturpark entstanden wegen fehlender Finanzen lediglich in Ansätzen und boten Improvisationen Raum. Noch bevor die Stadt vollendet worden war, begann ihr Verfall. Es ist aber zu einfach, die ambivalenten Gefühle, die bei der Betrachtung von Hoyerswerda und des Lebens in der Stadt beim Besucher entstehen, allein – oder auch nur überwiegend – auf fehlende kulturelle und gesellschaftliche Einrichtungen

<sup>1</sup> Vgl. den Beitrag von M. Langermann in diesem Band.

<sup>2</sup> Brigitte Reimann in ihren Briefen und Tagebüchern. Eine Auswahl. Hg. v. E. Elten-Krause und W. Lewerenz, Berlin 1983, S. 255.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 176.

<sup>4</sup> Die sechzehn Grundsätze des Städtebaues, in: L. Bolz, Von deutschem Bauen. Reden und Aufsätze, Berlin 1951, S. 87.

zurückzuführen, obwohl mit ihnen die Stadt zweifellos an Urbanität gewonnen hätte. Selbst mit Stadtzentrum, Kulturpark und der Vollendung der Wohnkomplexe<sup>5</sup> trüge die Stadt noch immer Züge, die aus der monofunktionalen Aufgabenstellung, der Bauweise, den knappen finanziellen und materiellen Ressourcen der DDR entsprangen. Hoyerswerda ist eine auf dem Reißbrett entworfene Stadt, der regionale und überregionale Funktionen sowie das allmähliche Wachsen fehlen.

2. E. Collein und K. Liebknecht, R. Paulick und R. Hamburger, um nur einige der Stadtplaner und Architekten aus der großen Zahl der beteiligten Kollektive zu nennen, knüpften an Vorstellungen und Traditionen aus der Zeit der Weimarer Republik an, ohne jedoch über ausreichende praktische Erfahrungen beim Aufbau ganzer Städte zu verfügen. Sie versuchten, ihre Ideen von einem menschlichen Wohnen aller Bürger umzusetzen, und ihr Experimentierfeld wurde Hoyerswerda. Die Architekten gingen davon aus, ansprechende Wohnungen zu bauen sowie vielgestaltige gesellschaftliche und kulturelle Einrichtungen zu schaffen, in denen sich „allseitig gebildete und kulturvolle Menschen“ entfalten können. Sie legten ihren Entwürfen also ein abstraktes und stark idealisiertes Menschenbild zugrunde und übersahen die konkreten Interessen und Bedürfnisse der Energie- und Bergarbeiter in ihrer ganzen Vielfalt und Breite. Hier war Unzufriedenheit mit Art und Umfang der Nachfolgeeinrichtungen des Wohnungsbaues vorprogrammiert, „weil beim Neubau großer Wohngebiete und bei der damit verbundenen Neuinszenierung von Leben in diesen Gebieten vorher nicht oder nur sehr allgemein bekannt ist, was künftige Bewohner gerade an diesem Ort später erleben möchten“.<sup>6</sup> Allerdings war diese Schwäche mehr den Leistungsgrenzen der DDR-Wirtschaft als den Absichten der Architekten geschuldet. Trotzdem erwies es sich als gravierend, daß die zukünftigen Bewohner erst seit 1960 sich Gehör für die Ausgestaltung der Wohnkomplexe (WK) verschaffen konnten. Während die DDR den Anspruch auf Arbeit einlöste, gelang es den Architekten in Hoyerswerda nur partiell, die Wohn-, Kultur- und Erholungsbedürfnisse zu befriedigen.

Seit dem Jahre 1953 fanden vorbereitende Untersuchungen für den Bau des Kombinats „Schwarze Pumpe“ (KSP) und der Wohnstadt Hoyerswerda statt. Am 23. Juni 1955 beschloß der Ministerrat der DDR, in Hoyerswerda 1000 und in einer angrenzenden Neubausiedlung 7000 Wohnungen zu bauen. Er räumte die Möglichkeit ein, die Anzahl der Wohnungen um weitere 3500 auf 11 500 zu erhöhen. Bei einem Haushaltsfaktor von 3,5 Einwohnern je Wohnung war dies ein Wachstum der Einwohnerzahl von Hoyerswerda auf etwa 36 000 bis 48 000 – einschließlich der ansässigen Bevölkerung in der Altstadt und den einzugemeindenden Dörfern.<sup>7</sup> Zwischen Juni 1955 und Juni 1957 erarbeiteten 24 Ministerien, Institute, wissenschaftliche und politische Einrichtungen der verschiedensten Art den

<sup>5</sup> Vgl. weiter unten. Während die umfangreiche Diplomarbeit von G. Michel, *Aufbau und Entwicklung Hoyerswerdas als zweiter sozialistischer Wohnstadt der DDR – Ausdruck der Bündnispolitik der Partei der Arbeiterklasse (von der Mitte der 50er Jahre bis zum Beginn der 60er Jahre)*, Humboldt-Universität zu Berlin, Sektion Geschichte, 1986, vor allem den Aufbau von Hoyerswerda untersucht, gibt Th. Topfstedt, *Städtebau in der DDR 1955–1971*, Leipzig 1988, eine Einordnung des Aufbaus von Hoyerswerda in den Städtebau der DDR sowie eine kritische Analyse der architektonischen Leistungen.

<sup>6</sup> B. Flierl, *Architektur und Kunst. Texte 1964–1983*, Dresden 1984, S. 43.

<sup>7</sup> Vgl. ADBA, II/07–11/1: *Direktive zur weiteren Vorplanung und städtebaulichen Vorprojektierung der Wohnstadt Hoyerswerda des Beirates für Bauwesen*, o. D. (Januar 1956).

Stadtbebauungsplan von Hoyerswerda – einschließlich Städtebauprogramm und Kostenplan.<sup>8</sup> Der Ministerrat beschloß ihn am 27. Juni 1957. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß auch diese Planung viele Probleme nicht berücksichtigen konnte, weil sie sich erst in der Praxis herausstellten. Daraufhin überarbeiteten das Institut für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Halle sowie die entsprechenden Planungsorgane des Rates des Bezirkes Cottbus den gesamten Bebauungsplan der Neustadt. Der Rat des Bezirkes Cottbus erhob ihn im Mai 1959 zum Beschluß. Nach dieser Planung wurde im wesentlichen bis Mitte der sechziger Jahre gebaut, obwohl seit 1961 an der Planung für eine Erweiterung von Hoyerswerda-Neustadt, eine Modifizierung der WK VI und VII und der Umgestaltung der Altstadt gearbeitet wurde.<sup>9</sup>

Parallel zur Planung und Projektierung von Hoyerswerda ging die DDR zur industriellen Bauweise in großem Maßstab über, wodurch sich sowohl die Arbeit der Städteplaner und Architekten als auch die gesamten Bauabläufe tiefgreifend veränderten. Die Doppelaufgabe, gleichzeitig den Wohnungsbau zu forcieren und das hohe Industrievolumen aufrechtzuerhalten, hatte zu dieser Konsequenz geführt. Im Februar 1955 beschloß das Politbüro des ZK der SED, „die Handarbeit ... durch Maschinenarbeit zu ersetzen und die Produktion entsprechend dem Stand der fortgeschrittenen Wissenschaft und Technik zu gestalten. Die Industrialisierung des Bauens erfordert die massenweise, serienmäßige Herstellung von Typenbauelementen ... in stationären Werken bzw. in eigenen provisorischen Produktionsstätten der Baubetriebe.“<sup>10</sup>

Nach Auseinandersetzungen im Präsidium der Deutschen Bauakademie, in denen sich R. Paulick gegen eine nicht ausreichend erprobte Einführung der industriellen Bauweise wandte,<sup>11</sup> empfahl das Gremium im Juli 1955, die Großplattenbauweise in die Praxis einzuführen.<sup>12</sup> Für die Umwandlung der Baustelle in einen Montageplatz für Typenbauten gab Hoyerswerda das Experimentierfeld ab. Der konsequente Übergang zur Industrialisierung des Bauens zog den Aufbau einer neuen Industrie zur Herstellung vorgefertigter Bauteile nach sich. So entstand zum Beispiel in Groß-Zeissig das Plattenwerk für Hoyerswerda innerhalb von 16 Monaten.<sup>13</sup> Auf die neue Bauweise mußten der Maschinenbau ebenso eingestellt werden wie der Fahrzeugbau auf den Transport der neuen großen Bauelemente.

Der Aufbau von Hoyerswerda spiegelt die etappenweise Durchsetzung des industriellen Bauens und damit zugleich den Lernprozeß der Architekten im Umgang mit der neuen Bauweise und den Baustoffen im großen Maßstab wider. Geringe finanzielle Mittel setzten den architektonischen Möglichkeiten enge Grenzen. So forderte z. B. der Zentralvorstand der IG Bau/Holz von den Projektanten, „verstärkte Orientierung darauf zu nehmen, daß sich die Anzahl der Bauelemente in der Montagebauweise von Jahr zu Jahr reduziert“.<sup>14</sup> Th. Topfstedt zeigt die Ergebnisse dieses Herangehens auf: „Hoyerswerda wurde damit zum

<sup>8</sup> Aus dieser Planungsphase gibt es sehr umfangreiche Aktenbestände im ADBA, im BLHA, im SAPMO-BArch, DY 30.

<sup>9</sup> Vgl. Stadtarchiv Hoyerswerda, 3264, Ökonomik der Stadt Hoyerswerda.

<sup>10</sup> SAPMO-BArch, DY 30/J/IV/2/2-403: Protokoll, 1. 2. 1955, Bl. 19.

<sup>11</sup> Vgl. ADBA, 01/01/6: Protokoll der Präsidiumssitzung der DBA, 22. 7. 1955.

<sup>12</sup> Ebenda: Beschluß des Präsidiums der DBA zur Einführung der Großplattenbauweise, 23. 7. 1955.

<sup>13</sup> Vgl. ADBA, II/07-11/5: Die sozialistische Wohnstadt Hoyerswerda. Bericht ihres Entstehens und ihres Aufbaues, S. 63 ff.; vgl. auch Michel, a.a.O., S. 46 ff.

<sup>14</sup> SAPMO-BArch, DY 34/29, IG Bau/Holz, Protokoll, 16./17. 4. 1957, Bl. 10.

Prototyp der ‚Stadt nach dem Verlauf des Portalkrans‘, bei der alle Ambitionen nach differenzierter räumlicher Ensemblebildung den technischen Sachzwängen einer wirtschaftlichen Geländeerschließung und einer reibungslosen, zeitsparenden Bauorganisation geopfert werden mußten. In strikter Befolgung dieser Konzeption wurden zwar nur die Wohnungskomplexe I und II erbaut, doch ist sie in ihren Grundzügen bis zum Bau des VII. Wohnkomplexes wirksam geblieben.“<sup>15</sup> Im August 1955 wurde in traditioneller Bauweise begonnen, die Baulücken in der Altstadt zu schließen, noch ehe ausgereifte Projekte und der Bebauungsplan vorlagen. Dieses Vorgehen, das für den Aufbau in der DDR dieser Jahre typisch war, wurde beschönigend „gleitende Projektierung“ genannt. So entstanden Tatsachen, die später nur schwer zu korrigieren waren.

Der Bau der Neustadt begann im Juni 1957 mit dem WK I, dessen Wohneinheiten zu 70% aus Großplatten und 30% aus Großblöcken bestanden.<sup>16</sup> WK II wurde noch überwiegend aus Großblöcken errichtet. Ab WK III herrschte die Großplatte als Baumaterial vor.<sup>17</sup> Mit dem Nachteil architektonischer Uniformität wurde der Vorzug erkaufte, daß der Bevölkerung – im Ausstattungsgrad allerdings vereinheitlichte – Wohnungen von gutem Durchschnittsniveau schneller und in größerem Umfang als bisher zur Verfügung gestellt werden konnten. Die Möglichkeit, die Wohnungen nach individuellen Bedürfnissen auszugestalten, war sehr erschwert.

Infolge des umfangreichen Wohnungsbaus wuchs die Einwohnerzahl von Hoyerswerda permanent an, und die Neustadt gewann schnell an Bedeutung. Da die „Nachfolgeeinrichtungen“ nicht im gleichen Tempo errichtet wurden, kam es zu erheblichen Versorgungsproblemen. Die Bevölkerung war weitgehend auf die begrenzten Kapazitäten der Altstadt angewiesen. Dies verschlechterte auch die Versorgung der Altstadt. Hieraus mußten zwangsläufig Spannungen und Konflikte entstehen.

*Tabelle 1*

*Die Entwicklung der Einwohnerzahl von Hoyerswerda 1955 bis 1966 (Stand jeweils am 31. 12. des Jahres)*

1955	7755	1961	27002
1956	9607	1962	30186
1957	12349	1963	34095
1958	15555	1964	39588
1959	20046	1965	43923
1960	24549	1966	46677

*Quelle:* G. Michel, Aufbau und Entwicklung Hoyerswerdas als zweiter sozialistischer Wohnstadt der DDR – Ausdruck der Bündnispolitik der Partei der Arbeiterklasse (von der Mitte der 50er Jahre bis zum Beginn der 60er Jahre), Humboldt-Universität zu Berlin, Sektion Geschichte, 1986, S. 155.

<sup>15</sup> Topfstedt, a.a.O., S. 33f.

<sup>16</sup> Von 1955 bis Ende 1959 wurden in Hoyerswerda noch ca. 1500 Wohnungen aus Ziegeln gemauert. Da diese Bauweise nur in beschränktem Maße eine Mechanisierung und Technisierung zuließ und stark witterungsabhängig war, wurde parallel dazu ab 1957 begonnen, das industrielle Bauen in den Großblock- und vermehrt der Großplattenbauweise einzuführen. Die Großblöcke (vergleichbar mit überdimensionalen Ziegelsteinen von etwa acht Doppelzentner) und die Großplatten (zimmergroße Platten mit eingesetzten Türen, Fenstern und Installationen) wurden außerhalb der Baustelle aus Beton vorgefertigt und mit Tiefladern auf die Baustelle transportiert. Blöcke bzw. Platten wurden mit einem Kran an ihren Platz gehievt und von den Bauleuten miteinander verbunden.

<sup>17</sup> Vgl. ADBA, II/07–11/5: Die sozialistische Wohnstadt, a.a.O., S. 63.

## 1. Die Standortwahl für Hoyerswerda-Neustadt

Vor dem Zweiten Weltkrieg hing die Energieversorgung des mitteldeutschen Raumes vor allem von Braunkohle und Steinkohle ab. Während Braunkohle in den Räumen Halle-Merseburg, Borna-Meuselwitz und in der Lausitz ausreichend zur Verfügung stand, mußten Steinkohle und Koks überwiegend<sup>18</sup> aus dem Ruhrgebiet und Schlesien bezogen werden. So kamen beispielsweise 3,6 Mill. t Steinkohle und 2,7 Mill. t Koks 1938 aus dem Ruhrgebiet.<sup>19</sup> Sie dienten u. a. der Gaserzeugung und der Eisen- und Stahlindustrie. Weil Braunkohle sich wegen ihres hohen Wasseranteils und relativ geringen Heizwertes nicht für den Transport über weitere Strecken eignete,<sup>20</sup> wurde sie vielfach in der Nähe der Lagerstätten verstromt. Nachdem Steinkohle und Koks aus Schlesien nach 1945 nur über den Außenhandel mit Polen zu beziehen waren und die Lieferungen bei weitem nicht den alten Umfang erreichten, fiel zusätzlich erschwerend ins Gewicht, daß die Steinkohlen- und Kokslieferungen aus dem Ruhrgebiet wegen des kalten Krieges „auf minimale Reste zusammenschumpften“<sup>21</sup>. Die DDR sah sich deshalb primär auf ihre Braunkohlenvorkommen verwiesen. Parallel zur Drosselung der Lieferungen aus dem Ruhrgebiet verschärfte sich die Situation auf dem Energiesektor weiterhin dadurch, daß die Sowjetunion im Zuge der Reparationen umfangreiche Demontagen durchführte.<sup>22</sup> In der Sowjetischen Besatzungszone wurden deshalb große Anstrengungen unternommen, um das Energiedefizit abzubauen. Aber die Disproportionen zwischen dem Angebot und der Nachfrage an Energie wuchsen trotzdem weiter und erreichten bedrohliche Ausmaße, als die DDR Anfang der fünfziger Jahre daranging, die notwendige metallurgische Basis für ihren Maschinenbau zu schaffen. Die mageren Eisenerze, die der Grundstoffindustrie der DDR zur Verfügung standen, benötigten erheblich mehr Koks für die Verhüttung als beispielsweise die Vorkommen in der Bundesrepublik.

Um ausreichend Energie zu erhalten, erteilte der III. Parteitag der SED 1950 den Auftrag, Forschungen weiterzuführen, „um die Herstellung von Koks aus Braunkohle für metallurgische Zwecke zu ermöglichen“.<sup>23</sup> Nach einem von G. Bilkenroth und E. Rammler entwickel-

<sup>18</sup> Die Steinkohlenförderung lag 1938 in Sachsen bei 3,5 Mill. t. Vgl. dazu Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. 3. Tätigkeitsbericht 1957/1961, Bonn 1961, S. 83.

<sup>19</sup> Vgl. H. Barthel, Adolf Hennecke – Beispiel und Vorbild, (illustrierte historische hefte; 16), Berlin 1979, S. 15.

<sup>20</sup> In Berlin setzte sich der Preis der Braunkohlenbriketts bereits zu einem Drittel aus den Herstellungs- und zu zwei Dritteln aus den Transport- und Verteilungskosten zusammen. Vgl. G. Bilkenroth, Braunkohlenenergie und Braunkohlenveredlung. Eine perspektivische Studie für die Energieplanung und Braunkohlenverwertung in der Deutschen Demokratischen Republik, (Freiberger Forschungshefte A 61), Berlin 1956, S. 18ff.

<sup>21</sup> Forschungsbeirat, a.a.O., S. 84.

<sup>22</sup> Vgl. dazu H. Barthel, Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR. Zur Wirtschaftsentwicklung auf dem Gebiet der DDR 1945-1949/50, Berlin 1979, S. 89ff.; R. Karlsch, Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945-1953, Berlin 1993.

<sup>23</sup> Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats, Bd. III, Berlin 1952, S. 136; vgl. auch Bergarbeiterland in Volkes Hand. Geschichte des VEB Braunkohlenkombinat Lauchhammer. Hrsg. v.d. Kommission für Betriebsgeschichte im Auftrage der SED-Betriebsparteiorganisation des VEB Braunkohlenkombinat Lauchhammer, Bd. II. Berlin 1970, S. 96f.

ten Verfahren wurde seit 1952 in der neuen Großkokerei Lauchhammer hüttenfähiger Braunkohlen-Hochtemperaturkoks (BHT-Koks) erzeugt. Dieser war bedeutend billiger als der Steinkohlenkoks aus dem Zwickauer Revier, von dem eine Tonne 110 DM kostete. Demgegenüber beliefen sich die Kosten für eine Tonne BHT-Koks im Jahre 1958 auf 56 DM.<sup>24</sup> Aber die Großkokerei Lauchhammer konnte den Bedarf nicht decken. Bereits 1954 bezeichnete der IV. Parteitag der SED die Entwicklung der Brennstoffindustrie als die wichtigste Aufgabe: „Diese Zweige müssen in den nächsten Jahren solch ein Entwicklungstempo erhalten, ihnen müssen solche Investitionen gewährt werden, daß das Zurückbleiben der Brennstoff- und Energiebasis der Deutschen Demokratischen Republik hinter den Erfordernissen der Wirtschaft und der Bevölkerung beseitigt wird ...“.<sup>25</sup> Die Umwandlung der heizwertarmen Rohbraunkohle in Koks, flüssige Produkte, Gas und Elektrizität stellte besondere Anforderungen an den Standort eines Energiekombinats: ergiebige Lagerstätten in maximal 12 bis 15 Kilometer Entfernung vom Verarbeitungsort, geringer Schwefel- und Aschegehalt der Rohbraunkohle, Verfügbarkeit von wenigstens 14 000 Kubikmeter Wasser pro Stunde, günstige Verkehrsanbindungen, geeignetes Baugelände von ca. zweimal 3,5 Kilometer Ausdehnung.<sup>26</sup> Diese Voraussetzungen bestanden im Raum Hoyerswerda-Spremberg-Weißwasser.

Die Grundkonzeption des Kombinats „Schwarze Pumpe“ vom Juni 1955 sah den Bau von drei Kokereien mit dazugehörenden Brikettfabriken und Kraftwerken sowie einer Druckvergasungsanlage vor. Insgesamt waren Investitionsmittel in Höhe von 3,4 Milliarden DM vorgesehen.<sup>27</sup> Hinzukamen der Aufschluß und die Ausrüstung der Tagebaue, für die eine Milliarde DM eingeplant wurde. Darüber hinaus ergaben sich Investitionen für den Eisenbahn-, Straßen- und Wasserleitungsbau, die Errichtung des Strom- und Gasnetzes sowie für den Städtebau.<sup>28</sup> Das KSP war das größte Projekt im zweiten Fünfjahrplan der DDR. Bereits der erste Beschluß – mehrere Modifikationen und Erweiterungen folgten im nächsten Jahrzehnt – ging von 16 000 Beschäftigten aus.<sup>29</sup> Da der Raum Hoyerswerda-Spremberg nicht über die erforderlichen Arbeitskräftereserven verfügte, stellte sich die Frage nach dem Zuzug von Arbeitern und deren Unterbringung.

Für den Aufbau des KSP wurde ein Gelände ausgewählt, das sich rechtwinklig von der F 97 erstreckte. Der Vorzug, auf kohlefreiem Grund unweit der Tagebaue und in Spreenähe das Werk zu errichten, hatte allerdings den Nachteil der Siedlungsferne. Es waren bis Spremberg fünf, bis Hoyerswerda 12 und bis Cottbus 35 km. Gegenüber den Kombinat-sanlagen entstand eine Bereitschaftssiedlung mit etwa 300 Wohnungseinheiten, während nach den ersten Beschlüssen etwa 8000 Wohnungen für die Belegschaft weiter entfernt aufgebaut werden sollten. Drei Varianten standen zur Auswahl:

<sup>24</sup> Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J/IV/2/2A-647: Arbeitsprotokoll, 26. 8. 1958: Begründung zum Beschluß über den weiteren Aufbau des KSP, Bl. 1.

<sup>25</sup> Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 30. März bis 6. April 1954 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. 1. bis 4. Verhandlungstag, Berlin 1954, S. 81.

<sup>26</sup> Vgl. Bilkenroth, a.a.O., S. 18 ff.

<sup>27</sup> Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J/IV/2/2A-647: Arbeitsprotokoll, 26. 8. 1958, Begründung zum Beschluß über den weiteren Aufbau des KSP, Bl. 6.

<sup>28</sup> Vgl. Bilkenroth, a.a.O., S. 62.

<sup>29</sup> Vgl. P. Hübner/M. Rank, *Schwarze Pumpe. Kohle und Energie für die DDR*, (illustrierte historische hefte; 54), Berlin 1988, S. 8.

1. Die Berater erwogen, für leitende Angestellte und qualifizierte Arbeiter Wohnraum in der Bezirksstadt Cottbus bereitzustellen, während sich die niedrig qualifizierten Arbeiter Unterkünfte in den umliegenden Siedlungen suchen sollten.<sup>30</sup>

2. F. Selbmann begründete im Juli 1955 vor dem Bezirkstag von Cottbus den Bau einer Arbeiterstadt. Die Gewinnung von 12 000 Energie- und 4000 Bergarbeitern „stellt eine der schwierigsten und kompliziertesten Fragen bei der Durchführung dieses Vorhabens bei uns dar. Wir haben nicht ... eine industrielle Reservearmee, ... die, wo es Arbeit gibt, hingeht, sondern wir wissen, daß ... Mangel an Arbeitskräften besteht. [Diese] ... Beschaffung der notwendigen Arbeitskräfte wird eine der schwierigsten Aufgaben im 2. Fünfjahrplan sein.“<sup>31</sup> Unter diesen Umständen konnte mit einer Migration größeren Ausmaßes nur gerechnet werden, wenn attraktive Angebote sie beförderten, hierzu zählten ausreichend billige und moderne Wohnungen.<sup>32</sup>

Spremberg besaß besondere Eignungen für die Wohnsiedlung des KSP. Zum einen lag es nur 5 km vom Werk entfernt und hatte eine vorteilhafte Verkehrsanbindung, zum anderen besaß es eine vollausgeprägte städtische Infrastruktur, die den Bau und die Versorgung einer Neustadt begünstigt hätte. Und dennoch fiel die Entscheidung anders aus, weil unter der Stadt und ihrer näheren Umgebung reiche Kohlevorkommen lagen. Obwohl Spremberg im Zweiten Weltkrieg stark zerstört worden war, galt es als Bergbauschutzgebiet. Bis Mitte der sechziger Jahre bestand ein Bauverbot.<sup>33</sup>

3. Die Entscheidung fiel zugunsten der Variante, die Wohnsiedlung des Kombinats und der Bergarbeiter im Anschluß an die Kreisstadt Hoyerswerda zu erbauen. Minister Selbmann, der an der Ausarbeitung des Beschlusses entscheidend mitgewirkt hatte, nannte als maßgeblichen Grund für die Wahl des Standortes den kohlefreien Untergrund.<sup>34</sup> Nur im Nordosten von Hoyerswerda gab es ausreichend kohlefreies Bauland, um die Siedlung zu errichten, denn nach Westen und Süden war das Gebiet wegen des Kohleabbaues gesperrt. Für diesen Vorzug des Standortes nahmen die Planer bewußt zwei gravierende Nachteile in Kauf: die Anbindung einer großen Siedlung an eine kleine Stadt und die Notwendigkeit eines umfangreichen Berufsverkehrs.

Allerdings bot der Standort Hoyerswerda für seine Bewohner auch einige wichtige Vorzüge. So wurde er durch seine Verkehrslage begünstigt. Die Hauptstrecke der Deutschen Reichsbahn Falkenberg-Horka und die Nebenstrecke Hoyerswerda-Bautzen dienten neben dem Massengüterverkehr auch der Personenbeförderung. Durch die F 96 und F 97, die sich in Hoyerswerda schneiden, war die Stadt sowohl an den Nord-Süd- als auch an den Ost-West-Kraftverkehr angebunden, wobei der F 97 eine wichtige Aufgabe bei der Erschließung des Aufbaugesbietes zukam.<sup>35</sup> Sie stellte beispielsweise die schnellste Verbindung zwischen Hoyerswerda und dem KSP her. Die Distanz zwischen Kombinat und Wohnsiedlung, die als ein Nebeneffekt bewußt von den Planern genutzt wurde, wirkte sich positiv auf die Wohnqualität aus. Das KSP war beispielsweise so konzipiert worden, daß es infolge der

<sup>30</sup> Vgl. ADBA II/07-11/1 (Dokument ohne nähere Angaben - H. M.).

<sup>31</sup> Zit. nach: Michel, a.a.O., S. 141.

<sup>32</sup> Vgl. P. Hübner, Soziale Interessen im Arbeiteralltag der Übergangsperiode. Fallstudien zur Sozialgeschichte der Arbeiterklasse in der DDR, Diss. Berlin 1988, S. 88 ff.

<sup>33</sup> Ebenda, S. 102. Vgl. den Beitrag von N. Knoth in diesem Band.

<sup>34</sup> Vgl. Michel, a.a.O., S. 141.

<sup>35</sup> Vgl. Stadtarchiv Hoyerswerda, 3264: Ökonomik der Stadt Hoyerswerda, H. 4, besonders S. 3.

vorherrschenden Windrichtung sowohl innerhalb der Betriebsanlagen als auch in Hoyerswerda nur zu relativ geringer Staub- und Geruchsbelästigung kam.<sup>36</sup> Auch blieb zwischen dem Kombinat und der Stadt ein ausgedehntes Waldgebiet erhalten.

## 2. Der Wandel des Stadttyps

Mit dem Entstehen der neuen Wohnstadt wandelte sich der Charakter von Hoyerswerda und teilweise auch des gesamten Kreises. Im Planungsprozeß wurde das Verhältnis zwischen dem kleinen Handwerker- und Ackerbürgerstädtchen und der umliegenden Orte auf der einen und der großen Industriesiedlung auf der anderen Seite zur Disposition gestellt. Zwischen zwei Grundvarianten mußte entschieden werden: Die erste verallgemeinerte die Erfahrungen des Aufbaus von Eisenhüttenstadt und seine Beziehungen zu Fürstenberg an der Oder und sah die Eigenständigkeit von Hoyerswerda und der Neustadt vor, wobei die Schwarze Elster als natürliche Grenze zwischen den selbständigen Städten bewußt betont werden sollte. Für diese Überlegungen sprachen vor allem die in 700 Jahren gewachsene Städtestruktur und die Trennung von der Wohnsiedlung durch die breite Flußbaue. Die zweite Variante ging von einer Verschmelzung der beiden Städte zu einer organischen Einheit aus, in der die Elsteraue zu einem Kulturpark umgestaltet wird, der beide Stadtteile eint. Dieser Vorschlag setzte sich durch, weil er den Bau der Neustadt und Dienstleistungen für sie erleichterte. Er führte zu einem belastenden Umbruch in der Lebensweise der Altstadt und zum Wandel des Stadtbildes, obwohl bis heute zwischen Alt- und Neustadt erhebliche Unterschiede bestehen.<sup>37</sup>

Anfang 1955 zählte Hoyerswerda 7500 Einwohner mit 2480 Haushaltungen, denen 2251 Wohnungen (einschließlich 23 Notunterkünften) zur Verfügung standen. Insgesamt handelte es sich um eine Wohnfläche von etwa 60 000 m<sup>2</sup>, was etwa 8 m<sup>2</sup> pro Kopf der Bevölkerung bedeutete.<sup>38</sup> Damit lag die Versorgung mit Wohnraum unter dem Durchschnitt der DDR, der mit 11 m<sup>2</sup> angegeben wird. Die Bausubstanz war veraltet, denn knapp zwei Drittel der Wohnungen entstanden vor 1920. Es fehlten nicht nur 229 Wohnungen und ausreichend Wohnraum, sondern die Wohnqualität hatte ein niedriges Niveau. Die Abwässer flossen zum großen Teil in die Elster. Obwohl 80% der Aborte Gruben besaßen, existierte keine Fäkalienabfuhr. Desgleichen fehlten Müllbeseitigung und Straßenreinigung. Die Wasserversorgung funktionierte, wobei jeder Bürger etwa 60 Liter je Tag verbrauchte. Eine Straßenbeleuchtung gab es lediglich auf dem Markt und in einigen angrenzenden Straßen.

Neben dem Kreisbaubetrieb, der 650 Personen beschäftigte, von denen aber nur ein kleiner Teil in Hoyerswerda lebte, gab es lediglich vier Industriebetriebe in der Stadt:

<sup>36</sup> Vgl. Bilkenroth, a.a.O., S. 25.

<sup>37</sup> Diese Unterschiede sind im Stadtbild deutlich sichtbar, werden aber auch im Verhalten der Bürger der Altstadt noch spürbar. Ausmaß und Gründe der Unterschiede, die bis in die Mentalität reichen, können hier nicht untersucht werden.

<sup>38</sup> Für die Stadtplanung von Hoyerswerda-Neustadt wurde 1955 eine Bestandsaufnahme der Altstadt Hoyerswerda angefertigt, die ich bisher noch nicht gefunden habe. Auf dieser Bestandsaufnahme fußen zwei Analysen, aus denen die folgenden Angaben entnommen werden. SAPMO-BArch, DY 30/J/IV/2/2A-498: Arbeitsprotokoll 30. 5. 1956, Erläuterungsbericht zum Stadtbebauungsplan der Wohnstadt; Stadtarchiv Hoyerswerda: 3264, Ökonomik der Stadt Hoyerswerda, H. 1.

Betrieb	Zahl der Beschäftigten
Reichsbahnausbesserungswerk	300
Glasschleiferei	25
Ölmühle	15
Brauerei	15

In der Stadt bestanden 25 Handwerksbetriebe mit ein bis zehn Beschäftigten (insgesamt 200) und fünf Betriebe mit über 10 Beschäftigten (insgesamt etwa 100). Der größte Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung war in der Verwaltung, in Einrichtungen des Handels und der Dienstleistungen sowie des Bildungs- und Gesundheitswesens tätig. In Hoyerswerda gab es 1955 121 Einrichtungen des Einzelhandels mit 191 Verkaufsstellen, zu denen 19 Gaststätten zählten. Sie bildeten die Zentren des öffentlichen Lebens und der Kommunikation.<sup>39</sup> Die überlokale Bedeutung zeigte sich z. B. bei der zwölfklassigen Oberschule mit Internat und beim Kreiskrankenhaus mit 154 Betten; die Poliklinik versorgte täglich etwa 500 Patienten.

Von den etwa 60 000 Einwohnern des Kreises Hoyerswerda gehörten ca. 40 % der nationalen Minderheit der Sorben an,<sup>40</sup> deren Geschichte eng mit der Stadt verbunden ist, denn hier gründeten Sorben im Jahre 1912 ihre nationale Vertretung, die Domowina.<sup>41</sup> Obwohl zahlenmäßig relativ stark und traditionell mit der Region verbunden, erlebte diese Bevölkerungsgruppe noch immer Diskriminierungen. So beschwerten sich beispielsweise sorbische Arbeiter, daß sie „sehr starke chauvinistische Tendenzen in den Betrieben“ erlebten, was sich in ungenügender Wahrung der Rechte der sorbischen Minderheit, in ungenügender Berücksichtigung bei Qualifizierungen sowie in dem unzureichenden Gebrauch der Zweisprachigkeit bei Kulturveranstaltungen zeigte.<sup>42</sup> Angesichts ihrer Lage schalteten sich die Vertreter der sorbischen Minderheit noch während der beginnenden Planungsphase der Neustadt in die Diskussion ein.

Am 21. Oktober 1955 trafen sich hochrangige Mitarbeiter verschiedener Ministerien, des Rates des Bezirkes Cottbus und der Vorsitzende der Domowina in Hoyerswerda. Sie erarbeiteten ein sogenanntes Sorbenprogramm, das folgende Vorschläge enthielt:

1. Die Unterbringung der Hauptabteilung Sorbenfragen im Ministerium des Innern mit etwa 60 Arbeitsplätzen in Hoyerswerda.
2. Das Sorbische Volkstheater. Es war an ein Theatergebäude gedacht, in dem zweisprachig gespielt wird, mit einem Schauspielstudio für Nachwuchskünstler. Zu berücksichtigen war ein entsprechender Garagenhof.
3. Ein Haus für sorbische Volkskunst mit etwa 20 bis 25 Mitarbeitern.
4. Das Staatliche Sorbische Ensemble mit etwa 300 Personen (Orchester, Chor usw.) mit einer angeschlossenen Volksmusikschule.
5. Ein Ausbildungskombinat für sorbische Lehrer und Erzieher – mit Lehrgangsmöglichkeit für deutsche Lehrer mit insgesamt 500 Schülerplätzen.

<sup>39</sup> Vgl. Stadtarchiv Hoyerswerda: Erinnerungsbericht v. G. Peters, ohne Signatur.

<sup>40</sup> Siehe Anmerkung 39.

<sup>41</sup> Vgl. J. Šolta/H. Zwahr, *Geschichte der Sorben*, Bd. 2. Von 1789 bis 1917, Bautzen 1974, S. 275 ff.

<sup>42</sup> Vgl. SAPMO-BArch, DY 34/1/229/4958, IG Bau/Holz: Bericht über die Besprechung von Vertretern der Domowina mit Herbert Warnke, 6. 5. 1957.

6. Ein Sorbisches Rundfunkhaus und ein Sorbischer Rundfunksender mit ober- und niedersorbischer Abteilung.
7. Ein Sorbisches Nationalmuseum: Es sollte nicht im Alten Wasserschloß von Hoyerswerda untergebracht werden, weil das Schloß keinen sorbischen Ursprung hatte, sondern vielmehr für den Kampf gegen die Sorben errichtet worden war.
8. Ein Gebäude für die Domowina mit etwa 50 Arbeitsplätzen.
9. Eine Verwaltungsschule für sorbische Sprache mit etwa 200 Plätzen.
10. Beim Bau der neuen Stadt sollten die Eigenarten der sorbischen Volkskunst, z. B. in bezug auf Ornamente, berücksichtigt werden. Hierzu gab es bereits Vorarbeiten durch den sorbischen Architekten Dutschmann; auch der Kreis bildender sorbischer Künstler in Bautzen stand zur Verfügung.<sup>43</sup>

Das Programm zielte darauf ab, den Hauptort der Sorben nach Hoyerswerda zu verlegen und zugleich optimale Bedingungen für die Entfaltung der nationalen Minderheit zu schaffen. Insgesamt enthielt dieses Programm einen umbauten Raum von 98 500 m<sup>3</sup>. Seine Realisierung hätte 1800 zusätzliche Angestellte erfordert<sup>44</sup> und Stadtbild, Funktionen und sozialen Charakter der Stadt stark beeinflußt.

In der Sitzung des Beirates für Bauwesen beim Ministerrat der DDR vom 25. Januar 1956, an der u. a. auch W. Ulbricht als stellvertretender Ministerpräsident der DDR teilnahm, bildete das Sorbenprogramm den Schwerpunkt, an dem sich die Frage des Städtetyps von Hoyerswerda entschied. J. Handrik vertrat die Interessen der sorbischen Minderheit so energisch, daß sich Ulbricht herausgefordert fühlte. Er betonte, daß Hoyerswerda eine Stadt der Bergarbeiter und nicht der Angestellten werden müsse. „Es muß genau festgelegt werden, führte Herr Walter Ulbricht aus, wieviel Verwaltungsangestellte (eine begrenzte Anzahl) und wieviel Bergarbeiter in dieser Stadt wohnen können.“<sup>45</sup> Damit begannen die Demontage des Sorbenprogramms sowie die einseitige Ausrichtung von Hoyerswerda auf eine Arbeitersiedlung. Bereits wenige Tage später heißt es in der „Direktive zur weiteren Vorplanung und städtebaulichen Vorprojektierung der Wohnstadt Hoyerswerda“ des Beirates für Bauwesen: Im Zusammenhang mit den stadtbildenden Faktoren „ist auch vorrangig das Programm der Einrichtung für die sorbische Bevölkerung zu klären, wobei nicht davon ausgegangen werden darf, Hoyerswerda eine übermäßig zentrale Funktion zu geben.“<sup>46</sup> Die Direktive tröstete die Sorben auf den Perspektivplan, ohne jedoch konkrete Festlegungen zu treffen.

Sowohl das Sekretariat<sup>47</sup> als auch das Politbüro des ZK der SED suchten Kompromisse zugunsten der Sorben, obwohl deren Vorschläge nicht in die Konzeption Ulbrichts von der „Bergarbeiterstadt“ paßten. Wer sich in der SED-Führung für die nationale Minderheit einsetzte, läßt sich aus den Unterlagen nicht entnehmen, jedoch muß die Lobby erheblichen Einfluß gehabt haben. Das Politbüro war bereit, „ein Ausbildungskombinat für Lehrer

<sup>43</sup> Vgl. ADBA, II/07–11/1: Protokoll einer Besprechung beim Rat des Kreises Hoyerswerda, 21. 10. 1955; SAPMO-BArch, DY 30/IV/2/3A-517, Bd. 1: Arbeitsprotokoll, 16. 5. 1956, Punkt 3, S. 1.

<sup>44</sup> Ebenda.

<sup>45</sup> ADBA, II/07–11/1: Protokoll der Sitzung des Beirates für Bauwesen, 24. 11. 1955.

<sup>46</sup> Ebenda: Direktive zur weiteren Vorplanung und städtebaulichen Vorprojektierung der Wohnstadt Hoyerswerda, S. 2.

<sup>47</sup> Vgl. Anm. 44.

im zweisprachigen Gebiet“ und „das sorbische Nationalmuseum“ errichten zu lassen sowie den Rundfunk „zu beauftragen, die Überprüfung der Rundfunkstation für sorbische Sendungen vorzunehmen, damit die gegenwärtigen Sendungen im sorbischen Gebiet überall zu hören sind.“ Alle anderen Gebäude und Einrichtungen, die das Sorbenprogramm enthielt, sollten in Bautzen bzw. in Cottbus verbleiben. F. Oelßner erhielt den Auftrag, mit den sorbischen Vertretern auf Grund dieser Festlegungen und in bezug auf ihre Perspektive die Entwicklung des Zentrums zu klären. Die politische Entscheidung über das Zentrum der Sorben sollte danach der Ministerrat treffen. In dieser Sitzung des Politbüros vom 30. Mai 1956 fiel jedoch der wichtigste Vorentscheid: „Die Einrichtungen stehen nicht unmittelbar im Zusammenhang mit dem Aufbau der Wohnstadt Hoyerswerda, so daß im endgültigen Programm unter Beibehaltung der ausgewiesenen Flächen im Stadtbebauungsplan die Objekte zunächst entfallen.“<sup>48</sup> Der Bebauungsplan ließ Flächen für die Einrichtungen der sorbischen Minderheit im vorgesehenen Kulturpark frei.

Tempo und Bauweise der Neustadt sowie das Verhältnis von Wohnungsbau und Nachfolgeeinrichtungen prägten das Stadtbild. Die Aufschlüsselung der Wohnungen – und damit auch der Zuzug von Bürgern – erfolgte nach dem Arbeitskräftebedarf des KSP und der Tagebaue, deren Anteil an den Bewohnern die Staatliche Plankommission bereits im Dezember 1955 festlegte.<sup>49</sup> Etwa 50 % der arbeitenden Bevölkerung sollten im KSP, weitere 20 % in anderen außerstädtischen Betrieben (vor allem in Tagebauen und im Zementwerk) beschäftigt werden. Für die dienstleistenden Betriebe und Einrichtungen blieben 30 % der Beschäftigten übrig.<sup>50</sup> In der Praxis verschlechterte sich dieses Verhältnis noch weiter zuungunsten der Dienstleistungen.<sup>51</sup> Das Ministerium für Aufbau – und daran anknüpfend auch der Beirat für Bauwesen – wies bereits im Januar 1956 mit Nachdruck darauf hin, daß der Anteil der Beschäftigten in örtlichen Betrieben und Einrichtungen zu gering angesetzt sei. Dieser Anteil widersprach den Erfahrungswerten und orientierte sich an der untersten möglichen Grenze.<sup>52</sup> Mit der Aufteilung der Arbeitskräfte hatte die Staatliche Plankommission Widersprüche und Konflikte vorprogrammiert, die trotz Warnung der Städteplaner von den politisch verantwortlichen Kräften nicht gemildert wurden.

Die Dienststellen des Bezirkes Cottbus, des Kreises und der Stadt Hoyerswerda erarbeiteten im Laufe des Jahres 1955 ein Programm für die Neustadt, das Einrichtungen der Versorgung, des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens enthielt. Sie gingen davon aus, daß die veralteten und zu kleinen Dienstleistungsbetriebe durch größere und modernere ersetzt und durch Einrichtungen der Kultur und des gesellschaftlichen Lebens ergänzt werden müßten. Das Ministerium für Aufbau stimmte die Vorschläge mit den Fachministerien ab und nahm weitere Wünsche in den „Gesamtplan Hoyerswerda“ auf.<sup>53</sup> Weil dieser

<sup>48</sup> SAPMO-BArch, DY 30/J/IV/2/2A-498: Arbeitsprotokoll, 30. 5. 1956, Erläuterungsbericht zum Stadtbebauungsplan.

<sup>49</sup> Ebenda: IV/2/606/85, Vorlage für die Sitzung des Beirates für Bauwesen, 25. 1. 1956, Bl. 31.

<sup>50</sup> Ebenda: J/IV/2/2-479, Protokoll, 30. 5. 1956, Punkt 8, Anlage 2, Bl. 13. Vgl. dazu auch Anm. 64.

<sup>51</sup> Vgl. Stadtarchiv Hoyerswerda, 3181, Hausarbeit H. Stampe.

<sup>52</sup> Vgl. ADBA, II/07-11/1: Protokoll der Sitzung des Beirates für Bauwesen, 24. 11. 1955; SAPMO-BArch, DY 30/IV/2/606/85: Vorlage für die Sitzung des Beirates für Bauwesen, 25. 1. 1956, Bl. 31.

<sup>53</sup> Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV/2/606/85: Vorlage für die Sitzung des Beirates für Bauwesen, 25. 1. 1956, Bl. 31 ff.

Planteil nur bruchstückhaft realisiert wurde, erhielt Hoyerswerda seine typischen sozio-ökonomischen Konturen.

Eine Direktive des Beirates für Bauwesen, die Vorschläge der Gesamtplanung Hoyerswerdas skizzierte, machte auf den neuralgischen Punkt im Städtebau aufmerksam: „Um die richtigen Proportionen zwischen dem Wohnungsbau und den übrigen Einrichtungen zu schaffen, ist auch das Problem der gesellschaftlichen Einrichtungen und der Versorgungseinrichtungen nach dem Prinzip der strengsten Sparsamkeit zu überprüfen und auf ein vertretbares Maß zu bringen.“<sup>54</sup> Man benötigte sehr schnell viele Wohnungen für die Beschäftigten, hatte aber zu wenig Mittel (Bauarbeiter, -maschinen, -stoffe und Geld), um die Stadt komplett aufzubauen. Die Architekten und Bauspezialisten erkannten das gesamte Ausmaß dieses Dilemmas und formulierten ohne Wertung. Sie waren aber bereit, für die „zweite sozialistische Stadt der DDR“ – so die Charakterisierung von Hoyerswerda in der ersten Aufbauphase – zu kämpfen. 18 Monate dauerte die erste Periode des Feilschens zwischen führenden Politikern und Ökonomen auf der einen und Architekten, Städtebauern sowie Bezirks- und Kommunalpolitikern auf der anderen Seite.

Das Programm für die Nachfolgeeinrichtungen sah je Einwohner wenigstens 23 m<sup>3</sup> umbauten Raum vor, während sowjetische Architekten mit etwa 15 m<sup>3</sup> umbauten Raum bei neuerbauten Städten rechneten. An diesem Punkt setzten die Vertreter des ZK der SED an und forderten eine Reduzierung des umbauten Raumes um 20%.<sup>55</sup> Der Vorsitzende des Beirates für Bauwesen, E. Collein, machte das ZK in einem Schreiben darauf aufmerksam, daß ein Abweichen von den sowjetischen Normen bei der Planung von Hoyerswerda sich vor allem dadurch erklärte, daß die Richtwerte für Schulen in der DDR wesentlich höher lagen und mehr Einrichtungen für Kultur und Bildung vorgesehen waren. Collein bat, von den Richtwerten der DDR auszugehen.<sup>56</sup> Um den Unterschied zwischen den deutschen und sowjetischen Auffassungen zu demonstrieren, legte er Tabellen vor, aus denen hervorging, daß jeder Schüler in der DDR nahezu doppelt so viel umbauten Raum wie in der Sowjetunion erhielt.<sup>57</sup> Der Beirat für Bauwesen zeigte sich kompromißbereit. Er beauftragte das Ministerium für Aufbau zu prüfen, welche Einrichtungen in der Altstadt verbleiben und welche hinausgezögert werden könnten. Allerdings betonte er mit Nachdruck: „Die Organisation des Handels muß davon ausgehen, daß wir eine sozialistische Stadt bauen und demzufolge an erster Stelle die Sorgen und Belange der arbeitenden Bevölkerung stehen und der Einkauf der Frauen erleichtert wird.“<sup>58</sup> Während sich der Beirat mit der gleichen Unterschiedenheit hinter die Vorschläge des Bildungswesens stellte, bot er beim Sport, in der Kultur und im Gesundheitswesen billigere Varianten an.<sup>59</sup>

Trotz dieser Bemühungen des Beirates nahm das Sekretariat des ZK der SED den Beschluß an, den ihm die Abteilung Bauwesen des ZK zugearbeitet hatte: „... 3. Dem

<sup>54</sup> ADBA, II/07-11/1: Direktive zur weiteren Vorplanung und städtebaulichen Vorprojektierung der Wohnstadt Hoyerswerda des Beirates für Bauwesen, (Januar 1956), S. 2.

<sup>55</sup> Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV/2/606/85, Bl. 56: Schreiben des Vorsitzenden des Beirates für Bauwesen an das ZK, Abt. Bauwesen, 4. 4. 1956.

<sup>56</sup> Ebenda.

<sup>57</sup> Ebenda, Bl. 57f.

<sup>58</sup> ADBA, II/07-11/1: Direktive zur weiteren Vorplanung und städtebaulichen Vorprojektierung der Wohnstadt Hoyerswerda des Beirates für Bauwesen, (Januar 1956).

<sup>59</sup> Ebenda.

vorgelegten städtebaulichen Programm wird nicht zugestimmt, weil der Anteil der Einrichtungen für Verwaltung, Kultur, Versorgung usw. im Verhältnis zum Wohnungsbau zu hoch ist.“ Das Ministerium für Aufbau erhielt den Auftrag, die Forderungen der einzelnen Planträger mit dem Ziel zu prüfen, „den jetzigen Umfang der gesellschaftlichen Einrichtungen und der Versorgungseinrichtungen so zu reduzieren, daß auf die Einwohner weniger als 20 m<sup>3</sup> umbauter Raum von diesen Einrichtungen entfallen.“<sup>60</sup> Als dieser Beschluß Anfang der sechziger Jahre gelockert werden mußte, war es für eine grundlegende Wende zu spät, denn das Stadtbild und die Lebensqualität der Einwohner waren vorprogrammiert. B. Reimann, die Ende der sechziger Jahre die Absicht äußerte, mit einem jungen Regisseur einen Dokumentarfilm über den Bürgersteig von Hoyerswerda zu drehen, schreibt über ihre Beobachtungen: „Du verstehst: so ein freundliches Filmchen darüber, wie sich die Leute auf der Straße benehmen, die sich begegnen, was der Bürgersteig für eine Stadt und ihre Menschen bedeuten kann (Kontakt, Kontakt-Möglichkeiten etc.). Also etwa das, was in Hoy fehlt mangels Läden, Lokalen, kleinen Bars usw. direkt an der Straße. Du solltest bloß mal sehen, wieviel Leute hier unterwegs sind, auch spätabends noch, wie gut sich alle anziehen: Man sieht und wird gesehen, und das ist ein Anreiz, sich hübsch zurechtzumachen.“<sup>61</sup>

### 3. Das gebaute Wohnumfeld

Hoyerswerda-Neustadt setzt sich aus relativ selbständigen Wohnkomplexen zusammen. Während die Neustadt mit einer Ansammlung von Kleinstädten verglichen werden kann, die eine Magistrale und mehrere Nebenstraßen nur lose miteinander verbinden, bekam die Altstadt Züge einer kleinen Mittelstadt.<sup>62</sup> Beide Teile unterscheiden sich also erheblich in ihrem Erscheinungsbild, wobei die Neustadt abermals in die Gebiete zerfällt, die vor bzw. nach 1967 gebaut wurden, so daß Hoyerswerda gleichsam aus drei architektonisch unterschiedlich gestalteten Städten besteht – funktional jedoch nur unterschieden nach Alt- und Neustadt. Denn während die Neustadt die Züge einer Wohnsiedlung trägt, konnte sich in der Altstadt nicht nur der Dienstleistungsbereich halten, sondern er wuchs sogar noch deutlich an.

Die Städte- und die Arbeiterwohnungsbaukonzeption knüpften an Überlegungen aus der Zeit der Weimarer Republik an. Typisch waren die ausgedehnten Grünflächen, die aufgelockerte Bebauung und der kraftfahrzeugarme Verkehr im Innern der WK, was sich vor allem auf Fußgänger und spielende Kinder sowie auf die Ruhe in den Häusern positiv auswirkte. Auch die „Tobeplätze“ für größere Kinder und Schulen lagen von den Wohnhäusern getrennt. Schichtarbeiter konnten auch am Tage schlafen. Welchen Einfluß die Utopien der zwanziger Jahre und welchen die Armut der DDR, der Leitungswirrwarr beim Aufbau der Stadt sowie die Bevormundung durch die SED auf das Stadtbild ausübten, liegt außerhalb der Untersuchung.

<sup>60</sup> SAPMO-BArch, DY 30/IV/2/3A-517, Bd. I: Arbeitsprotokoll, 16. 5. 1956, Punkt 3, Vorlage, Bl. 1.

<sup>61</sup> Reimann, a.a.O., S. 282.

<sup>62</sup> Die drei Neubaugebiete der Altstadt waren als Lückenbebauung konzipiert worden und stellten von vornherein einen integrierten Teil der Altstadt dar. Planungen ab 1961, die Altstadt so zu sanieren, daß auch hier WK entstehen, wurden nicht verwirklicht. Vgl. dazu: Stadtarchiv Hoyerswerda, 3264: Ökonomik der Stadt Hoyerswerda, H. 1-8.

Hoyerswerda wurde keine Idealstadt, sondern blieb ein Experimentierfeld, wozu die Platten- und Großblockbauweise das ihre beitrugen. Die Straßen glichen einander, ohne eigene Züge zu tragen. In Art und Umfang der Nachfolgeeinrichtungen unterschieden sich zunächst die WK I-VII kaum voneinander. Alle erhielten als Grundausstattung Schule, Kindergarten und -krippe, Kaufhalle, Klubgaststätte und eine Garage mit 100 Boxen. Friseursalon oder Apotheke waren bereits etwas Besonderes. Diese Gleichförmigkeit regte nicht dazu an, die Grenzen des eigenen Kiezes zu überschreiten; es fehlten Notwendigkeit und Anreiz. Diese Bescheidenheit förderte noch der monofunktionale Charakter der Neustadt, denn etwa 80 % der arbeitenden Bevölkerung der Neustadt waren auf das KSP bzw. die Tagebaue fixiert.<sup>63</sup>

Alle WK waren so konzipiert, daß sie lediglich die elementaren Bedürfnisse der Menschen mit Wohnraum und den notwendigsten sozialen und kulturellen Angeboten befriedigen konnten, falls die plangerechte Umsetzung gelang. Das Stadtzentrum stellte die notwendige Ergänzung der Wohnkomplexe dar. Ihm fiel in der Städtebaukonzeption die bestimmende Funktion für die Herausbildung der Urbanität von Hoyerswerda zu, denn in dem Zentrum sollten sich die wichtigsten Behörden, großen Kaufhäuser, Einrichtungen der Post, Banken, Kommunikation und Kultur konzentrieren. Hier sollten die Bürger einkaufen, ausgehen, das städtische Milieu genießen können. Die WK, die die kleinstädtische Ruhe und Überschaubarkeit in einer Mittelstadt verkörperten, bildeten in der Konzeption mit dem großzügig entworfenen Zentrum eine Einheit. Es lag nicht an den Architekten und Stadtplanern, daß sich die Konzeption nicht realisieren ließ. Es fehlten die finanziellen Mittel. Berechnungen ergaben, daß der Bau des geplanten Stadtzentrums mit sämtlichen Nebenkosten nach den Preisen Anfang der sechziger Jahre insgesamt weit mehr als 40 Millionen Mark gekostet hätte.<sup>64</sup> Daher blieb der Bau des Stadtzentrums in den Ansätzen stecken. Die WK erhielten ihre notwendigen Ergänzungen nicht, weshalb sich das städtische Leben und Treiben in der Neustadt nicht entwickelte. Ins Theater fuhr man nach Cottbus und zum Einkaufsbummel nach Dresden oder Berlin. Die Neubaukomplexe, die dann nach der Mitte der sechziger Jahre entstanden, erhielten einen größeren Umfang und eine großzügigere Ausstattung mit Nachfolgeeinrichtungen, und das materielle und kulturelle Angebot nahm zu, was sich auf die Entwicklungsmöglichkeiten des Individuums positiv auswirkte. Aber gleichzeitig damit verlor der Aufbau des Stadtzentrums an Dringlichkeit, was sich negativ auf das städtische Milieu in den ersten sieben WK auswirkte.<sup>65</sup>

Die Stadtplaner von Hoyerswerda trennten nicht nur das Zentrum von den Wohnkomplexen, sondern auch jene Betriebe, die die Stadt mit technischen Dienstleistungen versorgten. Das Industrie- und Versorgungsgebiet lag außerhalb der Stadt, um Rauch-, Geruchs-, Lärm- und Verkehrsbelästigungen von den Wohngebieten fernzuhalten. Das Versorgungsgebiet

<sup>63</sup> Das Politbüro der SED beschloß am 30. 5. 1956, daß von der berufstätigen Bevölkerung von Hoyerswerda 51% im KSP und Bergbau, 19% in sonstigen überörtlichen Einrichtungen und nur 30% in örtlichen Einrichtungen arbeiten sollten. In der Neustadt hatte sich dieses Verhältnis weiter zugunsten des KSP und des Bergbaus auf ca. 80% zu verschieben. Vgl. dazu: SAPMO-BArch, DY 30/J/IV/2/2-479, Punkt 8, Anlage 2, Bl. 13. Damit übernahm die Altstadt wichtige dienstleistende Aufgaben für die Neustadt, die die Altstadt prägten und das Verhältnis zwischen Alt- und Neustadt bestimmten.

<sup>64</sup> Berechnet nach ADBA, II/07-11/5: Die sozialistische Wohnstadt, a.a.O., S. 127 ff.

<sup>65</sup> Vgl. Topfstedt, a.a.O., S. 35 ff.

beherbergte u. a. folgende Betriebe: Kraftverkehr und Lagerhallen, aber auch Wäscherei, Großküche und Molkerei. Die Leitung des Aufbaustabes Hoyerswerda faßte 1962 ihre Erfahrungen beim Aufbau der Neustadt zusammen und formulierte Schlußfolgerungen für den Städtebau in der DDR. Sie hob neben den bereits angeführten ökologischen Gründen für die Bildung dieses Geländes auch einen praktischen und ideologischen Aspekt hervor: „Vor allem sollen diese Einrichtungen dazu dienen, das Los der Frau zu verbessern und sie ein für allemal von der Diktatur des Kochtopfes und Waschtrogs weitgehend befreien. Der Sozialismus kann nur siegen, wenn die Frau ihn mit aufbaut. Ihr Leben gehört an die Seite des Mannes nicht nur in der Familie, sondern noch viel mehr an der Produktionsstätte, wo letzten Endes der Sieg unserer neuen Gesellschaftsordnung entschieden wird. Als schaffender Mensch hat die Frau ein Recht auf Erholung und Ruhe nach der Arbeit.“<sup>66</sup> Mit den Versorgungsbetrieben hoffte man, günstige materielle Voraussetzungen für eine veränderte Rolle der Frau im Leben der Familie und der Gesellschaft zu schaffen. Hierzu sollten vor allem die Wäscherei und die Großküche beitragen. Die Berechnungen ergaben, daß der Auf- und Ausbau des Industrie- und Versorgungsgebietes bis Mitte der sechziger Jahre mindestens 37 Millionen DM kostete.<sup>67</sup>

Zwischen Mitte der fünfziger und Mitte der sechziger Jahre entstanden in der Neustadt sieben Wohnkomplexe, wobei die WK V bis VII bereits in den Planungsbeginn der zweiten Aufbaustufe von Hoyerswerda hineinreichten<sup>68</sup> und damit starken Modifikationen der ursprünglichen Konzeption unterlagen. Die Größe der ersten vier städtischen Struktureinheiten<sup>69</sup> liegt zwischen 12 und 23 ha mit 1200 bis 1500 Wohnungen, in denen etwa 4500 bis 5500 Personen je WK lebten. Die Wohndichte erreichte damit nur 350 bis 400 Einwohner je ha Bauland.<sup>70</sup> Die Aufteilung der Flächen wird am Beispiel des WK IV exemplifiziert.<sup>71</sup>

Wohnfläche des WK IV	Größe in ha
Verkehrsflächen	2,345
Freiflächen	3,844
Folgeeinrichtungen	3,844
Wohnbauland	12,877
insgesamt	22,359

Besonders sichtbar traten die Interessenkonflikte in den Jahren 1960/61 zutage, weil zu diesem Zeitpunkt bereits Tausende von meist jungen Menschen in Hoyerswerda eine neue Heimat suchten und deshalb besonders kritisch auf konzeptionelle, bautechnische und

<sup>66</sup> ADBA, II/07-11/5: Die sozialistische Wohnstadt, a.a.O., S. 98f.

<sup>67</sup> Berechnet nach: Ebenda, S. 133.

<sup>68</sup> Ab März 1964 begann die Diskussion über Standort und Art der Erweiterung der Neustadt. Vgl. ADBA, II/07-11/6.

<sup>69</sup> Vgl. ADBA, II/07-11/5: Die sozialistische Wohnstadt, a.a.O., S. 64ff., und ebenda, II/07-11/6.

<sup>70</sup> Ebenda, II/07-11/5, Die sozialistische Wohnstadt, a.a.O., S. 54ff.

<sup>71</sup> BLHA, Bez. Ctb, Rep. 801, Bezirkstag und Rat des Bezirkes, Nr. 4506 (Aufstellung ohne nähere Angaben, wahrscheinlich Sommer 1959 - H. M.).

-organisatorische Schwächen und Fehler reagierten. Heftig wurde in der Aufbauphase über das Bautempo und die Größe der Nachfolgeeinrichtungen gestritten, während Wohnungsgröße und Stadtmilieu erst später in den Vordergrund rückten. Die Bereitschaft der Bewohner, Belastungen durch das Baugeschehen auf sich zu nehmen, war sehr groß, stieß aber dort an die Grenze, wo man nicht selbst mitentscheiden durfte.

Im folgenden werden Probleme der Schulen und Horte, Kinderkrippen und -gärten untersucht, gefolgt von Verkaufsstellen des täglichen Bedarfs und Klubgaststätten; ausgespart bleiben Verkehrs- und Gesundheitswesen. Obwohl die Bereiche zeitlich zusammenfielen und sich inhaltlich überlappten, wird diese Form gewählt, weil dadurch die Konfliktfelder deutlicher konturiert werden können. Eine Analyse, die das KSP im Januar 1960 anfertigen ließ, ergab, daß in 1001 Wohnungen in Hoyerswerda 1159 Kinder mit folgender Altersstruktur lebten:<sup>72</sup>

Altersgruppe	Zahl der Kinder
0-3 Jahre	363
3-6 Jahre	323
6-10 Jahre	267
10-15 Jahre	206

An der Jahreswende 1959/60 bestanden in Hoyerswerda folgende Kapazitäten in Krippen, Kindergärten und Horten:<sup>73</sup>

Einrichtungen	das Ist an Plätzen	geforderte Plätze
Krippen	288	430
Kindergärten	400	600
Horte	230	480

Die Forderungen des KSP zielten offensichtlich auf den Zuzug junger Familien ab. Die Behörden stellten dagegen die Frage, was denn mit den großen Kapazitäten geschehen solle, wenn die Kinderzahl sich wieder verringern würde. Tatsache war es jedoch, daß in entsprechenden Einrichtungen für 1159 Kinder nur 918 Plätze zur Verfügung standen. Allerdings zeigt ein Vergleich der Zahlen, daß es bei Kindergartenplätzen ein Überangebot gab, während Krippenplätze fehlten, falls alle Kinder versorgt werden sollten. Die Frage der Horte spielte in diesem Zusammenhang in den Akten keine Rolle. Problematischer als die fehlenden Kapazitäten war ein anderer Aspekt, der sich aber weitgehend einer objektiven Beurteilung entzieht. Kindergärten und -krippen galten als stark überbelegt. Das führte einerseits zur verringerten Betreuung und andererseits zur erhöhten Ansteckung bei auftre-

<sup>72</sup> SAPMO-BArch, DY 34/A 83, Buvo, Bericht vom 20. 1. 1960. Dieses Dokument ist offensichtlich eine Zuarbeit der Kommission für Arbeiterkontrolle im KSP für den Diskussionsbeitrag des KSP vor dem Kreistag Hoyerswerda am 21. 1. 1960.

<sup>73</sup> Ebenda. Die Zahlen geben nur ein sehr ungenaues Bild wieder, weil aus ihnen nicht hervorgeht, wie hoch die Belegung der Kindergärten und -krippen war bzw. um wieviel Provisorien es sich handelte.

tenden Krankheiten. Falls ein Elternteil im Sommer 1960 mit einem erkrankten Kind in die Poliklinik gehen mußte, hatte es bis acht Stunden Wartezeit einzuplanen.<sup>74</sup>

Die KSP-Direktion reagierte allergisch auf den Zustand der Kinderbetreuung, hatte sie doch ein direktes Interesse an möglichst geringen Arbeitszeitausfällen der Eltern. Auch die Arbeiterkontrolle des KSP setzte sich mit Vehemenz in dieser Angelegenheit ein. Negativ schlug sich in der Arbeitskräftebilanz des KSP nieder, daß Mütter keine Arbeit annahmen, weil sie wegen fehlender Plätze in Krippen oder Kindergärten bzw. wegen mangelnder Qualität der Kinderbetreuung ihre Kinder zu Hause versorgten. Der Arbeitskräfteplan des Kombinatierts geriet durcheinander. Er beruhte auf der Vorgabe, daß aus jeder Wohnung in Hoyerswerda 1,3 Personen im KSP arbeiteten.<sup>75</sup> Diese Kennziffer war um so weniger zu erreichen, als auch im Handel – das bedeutete eine saubere Arbeit in der Nähe der Wohnung – Mangel an Arbeitskräften bestand. Weiterhin beeinflussten die Ausfallzeiten für die Arztbesuche mit den erkrankten Kindern die Arbeitsergebnisse, so daß die fehlenden Kindergarten- und Krippenplätze am Produktionsergebnis spürbar waren.<sup>76</sup>

Um weibliche Arbeitskräfte zu gewinnen, richtete man Krippen, Kindergärten und Horte mit beträchtlichen Kosten provisorisch in Wohnungen und Baracken ein. Da aber Anfang 1960 dem KSP laut Plan 710 Wohnungen fehlten, forderte die Arbeiterkontrolle: „Sofortige Abänderung der Schlüsselzahlen [für das Verhältnis von Wohnungen zu Kindereinrichtungen – H. M.], die noch auf der alten Grundlage beruhen und erfahrungsgemäß für eine so junge Stadt – wie Hoyerswerda-Neustadt es ist – nicht angewendet werden können. Sofortige Fertigstellung der Nachfolgeeinrichtungen, die lt. Plan 1959 bereits kommen sollten und noch nicht fertig geworden sind.“<sup>77</sup> Dem KSP ging es darum, die Rückstände im Wohnungsbau aufzuholen, ohne die vom Wirtschaftsrat bzw. dem Bezirksbauamt vorgeschlagenen Streichungen bei den Nachfolgeeinrichtungen durchzuführen.<sup>78</sup> Im Gegenteil. Der Bau der Nachfolgeeinrichtungen sollte forciert werden, ohne den Wohnungsbau zu kürzen, „weil sonst Pumpe Probleme mit seinen Arbeitern erhält“.<sup>79</sup> Ein Kombinatiertsvertreter sprach in diesem Zusammenhang vor dem Kreistag von Hoyerswerda von einer „Katastrophe“, die im Jahre 1960 eintreten werde, wenn das Baugeschehen nicht zügiger gestaltet wird.<sup>80</sup> Der Begriff der Katastrophe findet sich in den Akten über das KSP relativ häufig, ohne daß er näher bestimmt wird. Jedenfalls scheint er ein Ausdruck der Grundstimmung unter den Arbeitern des KSP im Jahre 1960 gewesen zu sein.

Um bei den knappen Ressourcen Lösungen für die bestehenden Konflikte zu finden, führte der stellvertretende Leiter des Aufbaustabs, R. Hamburger, regelmäßig Besprechungen durch, an denen Vertreter des Rates des Kreises und der Stadt Hoyerswerda sowie des KSP teilnahmen. Er nutzte seinen geringen Spielraum zur Veränderung von Vorgaben aus, um mit den Organen der unteren Leitungsebenen einen Konsens herbeizuführen.<sup>81</sup> Ham-

<sup>74</sup> Ebenda: Vorlage vom 28. 10. 1960.

<sup>75</sup> Ebenda: Bericht über Nachfolgeeinrichtungen in Hoyerswerda, 20. 1. 1960.

<sup>76</sup> Ebenda: Protokoll über die Beratung anlässlich des Tages der Arbeiterkontrolleure, 28. 6. 1960.

<sup>77</sup> Ebenda: Bericht über die Nachfolgeeinrichtungen in Hoyerswerda, 20. 1. 1960, S. 3.

<sup>78</sup> Ebenda.

<sup>79</sup> Ebenda.

<sup>80</sup> Ebenda: Diskussionsbeitrag des KSP zur Kreistagssitzung Hoyerswerda am 21. 1. 1960.

<sup>81</sup> Vgl. ADBA, II/07-11/5. In diesem Band finden sich zahlreiche Protokolle von solchen Beratungen, die R. Hamburger als stellvertretender Leiter des Aufbaustabes unterschrieb. Als ein Wechsel in der Leitung im Sommer 1960 stattfand, brechen die Protokolle in diesem Band ab.

burger hatte weder die Macht noch die Möglichkeit, die Bürger an wichtigen Entscheidungen zu beteiligen. Einen besonderen Stellenwert im Rahmen dieser Beratungen nahm die Besprechung vom 6. September 1960 ein. Führende Vertreter vom Rat des Kreises und der Stadt Hoyerswerda, der Arbeiterkontrolle und Frauenausschüsse des KSP und des Ortsausschusses der Nationalen Front – insgesamt etwa 50 Personen – berieten die Teilbebauungspläne der WK VI und VII. Obwohl eingeladen, erschienen der Rat des Bezirkes als Planträger und das Bezirksbauamt als vorgesetzte Behörde nicht. Auf dieser Zusammenkunft brach der Unmut, der bereits seit langem schwelte, offen aus. Einstimmig forderten die Anwesenden, die nach den Kennziffern für Wohnkomplexe erstellten Nachfolgeeinrichtungen zu vergrößern, um den Frauen eine Aufnahme der Arbeit zu ermöglichen.<sup>82</sup> Besonders große Empörung löste der Beschluß des Bezirkswirtschaftsrates aus, den Bau an der Schule des WK III auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Bereits im Herbst 1960 mußten viele Kinder der Neustadt in der Altstadt zur Schule gehen. Aber im Falle einer verzögerten Übergabe der Schule des WK III war ein geregelter Unterricht für mehrere hundert Schüler ab 1. September 1961 nicht mehr möglich.<sup>83</sup> „In der Diskussion kam sehr stark die Meinung zum Ausdruck, daß es keinen Zweck hätte, Verbesserungsvorschläge zu machen, da diese schon jahrelang nicht beachtet worden sind und wahrscheinlich auch in Zukunft nicht beachtet werden.“<sup>84</sup> Trotzdem beauftragten die Anwesenden den Aufbaustab, nochmals dem Rat des Bezirks ihre Auffassungen vorzutragen und dafür zu sorgen, daß die Forderungen der Bevölkerung realisiert werden.<sup>85</sup>

Die Empörung in Hoyerswerda war allgemein, und die Sprecher konnten sich auf breite Kreise der Bevölkerung berufen. Wie zugespitzt die Stimmung war, zeigt eine unwidersprochen gebliebene Äußerung des Kreisbaudirektors Bergau auf einer anderen Beratung zum gleichen Thema. Bergau wandte sich gegen häufige inkompetente Einmischungen von vorgesetzten Dienststellen und brachte zum Ausdruck, daß Hoyerswerda keine „Hure sei, auf der jeder herumreiten kann, wie er will. Wir dulden es nicht mehr, daß Minister nach Hoyerswerda kommen, um uns auf den Weltstand bringen zu wollen, dabei aber bereits in Berlin Hoyerswerda wieder vergessen haben.“<sup>86</sup> Die Redner wußten nicht nur, sondern sie wünschten sogar, daß ihre Ausführungen mitprotokolliert und den vorgesetzten Dienststellen zugeleitet werden. Sie beabsichtigten, die Zustände zu verändern. Obwohl der Rat des Bezirkes die Aussprache vom 6. September gewünscht hatte und nur geladene Vertreter anwesend waren,<sup>87</sup> geriet sie aus den gewohnten Gleisen. Die aufgestaute Empörung brach sich Bahn und war nicht mehr ohne Zugeständnisse der leitenden Dienststellen zu stoppen. Unter diesem Druck schlug der Bearbeiter des Teilbebauungsplanes der WK VI und VII Maßnahmen vor, wie durch vorgezogenen Aufbau der vergrößerten Nachfolgeeinrichtungen den Bedarfsflücken entgegengewirkt werden konnte. „Die hierzu erforderlichen Mittel

<sup>82</sup> Ebenda: Protokoll über die Diskussion der Teilbebauungspläne in der Neustadt Hoyerswerda WK VI und VII am 6. 9. 1960.

<sup>83</sup> Vgl. SAPMO-BArch, DY 34/A 83, Buvo: Vorlage vom 28. 10. 1960, Bl. 6.

<sup>84</sup> ADBA, II/07-11/5: Protokoll über die Diskussion der Teilbebauungspläne, 6. 9. 1960.

<sup>85</sup> Ebenda.

<sup>86</sup> SAPMO-BArch, DY 34/A 83, Buvo: Protokoll über die Beratung anläßlich des Tages der Arbeiterkontrolleure, 28. 6. 1960, Bl. 7.

<sup>87</sup> Vgl. ADBA, II/07-11/5: Stellungnahme des Bearbeiters der städtebaulichen Planung des WK VI und VII.

sind in jedem Falle neu zu planen. Richtig wäre es, sie baldigst freizugeben, denn hier liegt die Wurzel vieler berechtigter Klagen der Bevölkerung.“<sup>88</sup>

Die Kritik an den Wohnkomplexen zusammenfassend, räumte der Bearbeiter der Teilbauungspläne ein, daß die Konzeption der WK I-III wesentliche Punkte des Zusammenlebens nicht löste. Es entstanden Gebilde, „die die Entfaltungsmöglichkeiten zur sozialistischen Gemeinschaft wenig fördern und den Komplexen ein ungenügendes Eigenleben gestatten. Es fehlt gewissermaßen der Komplexmittelpunkt, wozu sich eine weitere Unzulänglichkeit gesellt, die zu knapp bemessenen Folgeeinrichtungen – besonders zur Deckung des täglichen Bedarfs.“<sup>89</sup> Zumindest in bezug auf die Nachfolgeeinrichtungen lagen die Ursachen für die Mängel der WK nicht bei den Städtebauern und ihrer Konzeption von den Wohnkomplexen begründet, sondern bei der Politik und ihrem finanziellen Spielraum. Die schwierigen Bedingungen mit denen die ersten Bewohner von Hoyerswerda-Neustadt zurechtkommen mußten, entsprangen den Entscheidungen der obersten staatlichen Ebenen und einer falschen Festlegung des Baugeschehens.

Bereits im Oktober 1955 hatte die Fachgruppe Planung und Wirtschaftlichkeit des Entwurfsbüros für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Halle einen Erfahrungsaustausch mit dem Rat der Stadt StalinStadt (heute Eisenhüttenstadt) durchgeführt, in dem der Rat der Stadt empfahl, „genügend Einrichtungen für die Kinder vorzusehen, während hinsichtlich der Versorgungseinrichtungen (Geschäfte usw.) weniger Bedarf besteht, als in StalinStadt vorgesehen und gebaut wurden.“<sup>90</sup> Damit lieferte diese Besprechung jene bequemen Argumente, die dann den Hintergrund für die Diskussionen im Sekretariat und Politbüro des ZK der SED über das Verhältnis von Wohnungs- und Gesellschaftsbauten bildeten.<sup>91</sup> Die Schlußfolgerungen daraus zog die ministeriale Ebene und setzte sie auch durch.

Im April 1958 fragte der Vorsitzende des Rates des Bezirkes Cottbus beim Minister für Aufbau an, wie er sich zu verhalten habe, da sich bei vielen projektierten Einrichtungen zum Teil wesentlich höhere Kosten ergäben, als von der Regierung beschlossen. Er belegte seine Bedenken mit den Kosten für den Bau von Kindergärten und -krippen sowie mit denjenigen für Versorgungsbetriebe der Stadt. Er schien ratlos, „da mit der vorgesehenen Summe von 577 Mill. DM für die gesamte Wohnstadt nicht auszukommen ist ...“.<sup>92</sup> Im Mai kam die Antwort. Schuld an den zu hohen Kosten seien die Projektanten und die Stadt Hoyerswerda, der Kreis und der Bezirk Cottbus, weil sie „Versorgungs- und sonstige Einrichtungen im Kreis und Bezirk auf Kosten des städtebaulichen Programms von Hoyerswerda“ verbessern wollten. Der Minister demonstrierte, wo und wie der Rotstift anzusetzen sei, und schloß: „Ich denke, daß diese kurzen Hinweise genügen und höchstens von einer zu hohen und nicht von einer zu niedrigen Summe für den Aufbau der Wohnstadt zu sprechen ist.“<sup>93</sup>

<sup>88</sup> Ebenda.

<sup>89</sup> Ebenda.

<sup>90</sup> Ebenda, II/07–11/1: Protokoll der Sitzung der Kommission für Städteplanung Hoyerswerda, 14. 10. 1955.

<sup>91</sup> Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV/2/3A-517, Bd. 1: Arbeitsprotokoll, 16. 5. 1956, Vorlage zu Punkt 3, und ebenda, IV 2/2A-498: Arbeitsprotokoll, 30. 5. 1956, Punkt 8.

<sup>92</sup> BLHA, Bez. Ctb, Rep. 801, Bezirkstag und Rat des Bezirkes, Nr. 4505: Schreiben des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Cottbus an den Minister für Aufbau, 17. 4. 1958.

<sup>93</sup> Ebenda: Schreiben des Ministers für Aufbau an den Vorsitzenden des Rates des Bezirkes Cottbus, 27. 5. 1958.

Diese Belehrung genügte, wie die überarbeitete Fassung des „Städtebaulichen Programms der zweiten sozialistischen Wohnstadt Hoyerswerda“ vom Mai 1959 belegt. Durch Streichungen und Verknappungen wurden 50 Millionen Mark weniger veranschlagt, als die Regierung der DDR vorsah.<sup>94</sup> Das Sparprogramm wirkte sich auf den Wohnungsbau – aber mehr noch auf seine Nachfolgeeinrichtungen – aus. Es handelte sich um wirtschaftlich und städtebaulich falsche Entscheidungen, weil an der falschen Stelle gespart wurde. Das zog zahlreiche Improvisationen nach sich, die im Ergebnis den Bau verteuerten. Die Stadt büßte an Wohnlichkeit ein, und das Gesellschaftssystem verlor an Ansehen bei der Bevölkerung, wo es Prestige durch den Wohnungsbau hätte gewinnen können.

Bereits ein halbes Jahr nach der Verabschiedung des städtebaulichen Programms durch den Rat des Bezirkes Cottbus wirkten sich seine Sparmaßnahmen auf die Lebensqualität der Bewohner von Hoyerswerda negativ aus. Riesige Warteschlangen vor den Ladenkassen und Lücken im Warenangebot, selbst bei den wichtigsten Dingen des täglichen Lebens, waren die Folge. Die Einsprüche der Bevölkerung, die vor allem die Arbeiterkontrolle des KSP dem Rat des Bezirkes als Planträger des städtischen Aufbaus über mannigfaltige Kanäle zuleitete, blieben lange unberücksichtigt.<sup>95</sup> Im gleichen Tempo, wie die Bevölkerung in der Neustadt wuchs, nahm die Qualität ihrer Versorgung ab. Diese Erscheinung hatte zwei unmittelbare Ursachen:

1. Die Auftraggeber hielten die Projektanten an, ihre Bauten möglichst billig zu gestalten. Das hieß in der Praxis, die Verkaufsstellen gerieten zu klein. Weiterhin wurde der Begriff der Nachfolgeeinrichtungen wörtlich genommen, und die Geschäfte usw. entstanden erst, nachdem die neuen Mieter ihre Wohnblöcke bezogen hatten. Selbst dann erfolgte der Bau häufig nur schleppend. Beispielsweise war der Jahresanteil am Plan für die Nachfolgeeinrichtungen im Juni 1960 nur mit etwa 11% erfüllt worden, verursacht durch zu späte Auslieferung der Bauunterlagen, Abzug von Arbeitskräften der Bau-Union Hoyerswerda für Aufgaben im ländlichen Bauwesen und für den Bau der Wärmeleitung vom KSP zur Neustadt.<sup>96</sup> Auch wenn das Gebäude termingemäß stand, gab es noch keine Gewißheit dafür, daß es auch in Dienst genommen werden konnte. Beispielsweise gab der Auftragnehmer 1,2 Mill. Mark an Investmitteln 1959 zurück, weil für die zu errichtenden Versorgungs- und Nachfolgeeinrichtungen Türen, Fensterscheiben u. ä fehlten.<sup>97</sup> Das führte natürlich zu einer Versorgungskrise, denn eine Kaufhalle, die für 3500 Einwohner gebaut worden war, mußte im Herbst 1960 9000 Menschen versorgen.<sup>98</sup>

2. Die Verkaufsstellen waren zu klein, um das ganze Sortiment in ausreichender Menge anzubieten; außerdem erfolgten die Lieferungen aus den Zentrallagern nicht planmäßig. Zum einen lag dies daran, daß die Lieferfirmen keine Tourenpläne hatten. Zum anderen reichte die Warendecke im Kreis nicht aus, um beispielsweise immer ein volles Sortiment an Fetten, Fleischwaren, Kindernahrung, Kartoffeln usw. anbieten zu können. Der Handel

<sup>94</sup> Ebenda, Nr. 4506: Beschlußvorlage für den Rat des Bezirkes Cottbus vom 23. 4. 1959. (Die Vorlage wurde auf der Sondersitzung am 19. 5. 1959 zum Beschluß erhoben – H. M.).

<sup>95</sup> Zahlreiche Berichte, Protokolle und Materialzusammenstellungen finden sich im SAPMO-BArch, DY 34/A 83 bis A 85, Buvo.

<sup>96</sup> Ebenda, A 83: Protokoll über die Beratung anläßlich des Tages der Arbeiterkontrolleure, 28. 6. 1960, Bl. 4.

<sup>97</sup> Ebenda: Diskussionsbeitrag des KSP zur Kreistagssitzung Hoyerswerda am 21. 1. 1960, S. Bl. 2.

<sup>98</sup> Ebenda: Vorlage vom 28. 10. 1960, Bl. 1.

legte für das Jahr 1960 für den Kreis Hoyerswerda die Einwohnerzahl von 73 000 Menschen zugrunde. In Wirklichkeit lebten aber schon im Sommer 80 000 Personen im Kreis, so daß 7000 Personen aus der planmäßigen Versorgung herausfielen. Und es gab im Sommer 1960 keine staatlichen Reserven, aus denen die Lücken geschlossen werden konnten. Im Gegenteil. Die Kontingente an bestimmten Waren wurden weiter gekürzt.<sup>99</sup> Unter zeitraubenden Strapazen erwarben trotzdem die Einwohner die notwendigsten Waren im Wohnkomplex oder im KSP. Zugespitzt war die Lage der Familien, die sich ihre neue Wohnung einrichten wollten, denn es gab dafür keine Spezialgeschäfte.

In jedem der sieben WK wurde eine Klubgaststätte errichtet, die in den Komplexen I-III jeweils aus drei Räumen bestand. Eine Analyse von Ende 1960 stellte fest, daß in Hoyerswerda – gemessen an der Bevölkerungszahl – etwa 300 Gaststättenplätze fehlten, um den Durchschnitt in der DDR zu erreichen.<sup>100</sup> Weiterhin mangelte es an Cafés, Milchbars u. ä. Spezialgaststätten. In Auswirkung der Auseinandersetzungen vom 6. September 1960 erhielten die WK IV-VII ein zweigeschossiges Klubgebäude, dessen obere Etage der Nationalen Front mit dem Auftrag zur Nutzung übergeben wurde, ein „kulturvolles Klubleben zu entwickeln“. Ein ganz besonderes Augenmerk galt dabei der Jugendarbeit.<sup>101</sup> Dahinter stand ein Erziehungsziel. Die Leitung des Aufbaustabes sah es so: „In einer sozialistischen Stadt kann die Frage nicht so stehen, daß in jedem WK Handel und Versorgung, kulinarische Speise- und Trinkstuben zur Pflege spießbürgerlicher Geselligkeit zur Verfügung stehen. Ausgangspunkt für diese Einrichtungen muß die Schaffung gesellschaftlicher Zentren sein als Treff unserer neuen sozialistischen Gesellschaft. Der Begriff ‚Roter Treff‘, Brigade- und Aktivistenabend steht in enger Funktion einer Klubgaststätte.“<sup>102</sup> Mögen diese Äußerungen auch als Verteidigung gegen eine massive Kritik der Bevölkerung gedacht gewesen sein, so bleibt doch – trotz der humanistischen Illusionen der Planer – die Tatsache bestehen, daß sie in den Neubaugebieten, in denen es keine Geschichte und keine soziokulturellen Traditionen gab, durch die räumliche Gestaltung der Stadt neue Verhaltensweisen dekreten wollten.

Unter ständigem Druck der Bevölkerung wies das Bezirksbauamt Cottbus die Planträger Handel und Versorgung, Volksbildung und Gesundheitswesen an, „gemeinsam mit dem Bezirksbauamt und dem Aufbaustab Maßnahmen für das Jahr 1961 dem Rat des Bezirkes vorzuschlagen, um zu gewährleisten, daß die Nachfolgeeinrichtungen ab 1961 zugleich mit den Wohnungseinheiten fertiggestellt werden“.<sup>103</sup> War dies auch der Beginn einer neuen Leitungspraxis, die mit einem Auswechseln der Leitungsspitze des Aufbaustabes verbunden war,<sup>104</sup> so blieb die Erneuerung doch halbherzig.

<sup>99</sup> Ebenda.

<sup>100</sup> Vgl. ADBA, II/07-11/6: Stellungnahme, 27. 12. 1960.

<sup>101</sup> Vgl. ADBA, II/07-11/5: Die sozialistische Wohnstadt, a.a.O., S. 70.

<sup>102</sup> Ebenda, S. 71, vgl. auch ebenda: Aktenvermerk über eine Sitzung im Ministerium für Handel und Versorgung, 24. 6. 1960.

<sup>103</sup> ADBA, II/07-11/6: Anweisung des Bezirksbauamtes, 6. 5. 1960.

<sup>104</sup> Im Sommer 1960 schied R. Paulick aus seiner Funktion als Leiter des Aufbaustabes Hoyerswerda aus. Mit diesem Schritt waren weitgehende personelle Veränderungen in der Leitung verbunden. Vgl. ADBA, II/07-11/5; BLHA, Bez. Ctb, Rep. 801, Bezirkstag und Rat des Bezirkes, Nr. 4506. Über die Hintergründe findet sich nichts in diesen Akten.

Demgegenüber war die Arbeiterkontrolle des KSP der Auffassung, „daß über die einzelnen Mängel und Mißstände genug diskutiert worden ist und endlich die Zeit der Veränderung gekommen ist“.<sup>105</sup> In einem Dokument listete sie die gravierendsten Mängel auf und bot es als Grundlage für eine umfassende Diskussion in den für den Aufbau von Hoyerswerda entscheidenden Gremien an. Es kam zu einer Aussprache zwischen den Büros der Kreisvorstände des FDGB von Hoyerswerda und „Schwarze Pumpe“ sowie der Arbeiterkontrolle auf der einen und dem Bezirkswirtschaftsrat, dem Rat des Bezirkes sowie der Bezirksleitung der SED Cottbus auf der anderen Seite.<sup>106</sup> Obwohl noch kein Protokoll von dieser Beratung gefunden wurde, läßt sich aus den eingeleiteten Maßnahmen eine Korrektur im Baugeschehen ablesen. Als Sofortmaßnahme durfte der Aufbaustab Kioske für die Dinge des täglichen Bedarfs aufstellen, eine Aula für den Weihnachtsverkauf 1960 beschleunigt fertigstellen und provisorische Verkaufsstellen aufbauen. In der Nachbarschaft vom WK III wurden zwei Bauten mit 180 m<sup>2</sup> Nutzfläche in Großplattenbauweise errichtet, die zwar nicht den Anforderungen der Handelstechnologie entsprachen, aber als Provisorien für die Bevölkerung eine Entlastung besonders in Spitzeneinkaufszeiten und bei Schichtwechsel darstellten.<sup>107</sup>

Beim Aufbau von Hoyerswerda spielten die knappen Finanzen und mangelnde Baukapazität eine Schlüsselrolle. Es ist äußerst schwierig, die Kosten für den Aufbau von Hoyerswerda auch nur annähernd zu bestimmen, denn die Nachfolgeeinrichtungen und notwendigen Aufschlußarbeiten wurden nur selten untereinander und mit dem Wohnungsbau abgestimmt und – was für eine exakte Ermittlung notwendig wäre – abgerechnet. Hinzu kam, daß mit den Investmitteln manipuliert wurde, denn die Planträger und die Verantwortlichen für das Baugeschehen an der Basis versuchten, mit minimalen Mitteln maximale Ergebnisse zu erzielen. Aus diesem Grunde stellen die folgenden Zahlen über die Baukosten des WK I auch nur eine Annäherung an die eigentlichen verbauten Werte dar. Sie ergeben aber einen Eindruck über den Umfang und die Kostenverteilung:<sup>108</sup>

<i>1. Erschließung des WK I:</i>		<i>2. Posten der Nachfolgeeinrichtungen des WK I:</i>	
Entwässerung	1140 TDM	Läden mit 1400 m <sup>2</sup> Nutzfläche	976 TDM
Bewässerung	822 TDM	Gaststätte mit 100 Plätzen	374 TDM
Gasversorgung	297 TDM	Kinderkrippe mit 72 Plätzen	439 TDM
Energieversorgung	537 TDM	Kindergarten mit 100 Plätzen	320 TDM
Straßenbeleuchtung	277 TDM	Kinderhort mit 150 Plätzen	286 TDM
Straßenbau einschließlich Magistrale	1385 TDM	Schule mit 16 Klassen	1695 TDM
Außenanlagen	1162 TDM	Garagen mit 100 Boxen	244 TDM
Heiznetz	1757 TDM		
Postkabel	115 TDM		
<b>Insgesamt</b>	<b>7492 TDM</b>	<b>Insgesamt</b>	<b>4333 TDM</b>

<sup>105</sup> SAPMO-BArch, DY 34/A 83, Buvo: Vorlage vom 28. 10. 1960, Bl. 1.

<sup>106</sup> Ebenda.

<sup>107</sup> Vgl. ADBA, II/07–11/5: Die sozialistische Wohnstadt, a.a.O., S. 71.

<sup>108</sup> Ebenda, S. 118 ff.

Stehen die Berechnungen für die Erschließung und die Nachfolgeeinrichtungen von WK I lediglich als Richtwerte für die Kosten der Wohnkomplexe insgesamt, ohne etwas über das Versorgungszentrum und andere Bauten des Dienstleistungsbereichs auszusagen, so gilt das in noch größerem Ausmaß für die Preise der Wohnungen. Die Wohnungen des WK I waren beispielsweise größer als diejenigen in späteren Typenbauten. Im WK I waren für jeden Bewohner 12,8 m<sup>2</sup> vorgesehen, während es später nur noch 11,4 m<sup>2</sup> waren. Aber nicht nur die Wohnungsgröße, sondern auch die Bauweise bestimmte die Höhe des Baupreises. Die 1200 Wohnungen im WK I kosteten insgesamt 29 500 TDM.<sup>109</sup>

#### 4. Die Wohnungen

Während der Wohnkomplex als Vermittler zwischen dem gesellschaftlichen Leben der Stadt und der privaten Sphäre des menschlichen Lebens gedacht war, stellte die Wohnung den abschließbaren Raum der Familie gegenüber den zunehmenden Anforderungen der Gesellschaft dar. Damit bildete die Wohnung einen Freiraum gegenüber dem öffentlichen Leben, einen Raum der Erholung und der Muße, der individuellen Arbeit und Kommunikation.<sup>110</sup> Es entstand ein Spannungsfeld zwischen dem Angebot an Wohnraum, seiner Größe und Qualität auf der einen und den subjektiven Bedürfnissen und Spielräumen auf der anderen Seite. Hier griff die staatliche Wohnungspolitik zugunsten der Gesellschaft lenkend ein, ohne jedoch die individuellen Bedürfnisse eliminieren zu können oder auch nur zu wollen. Im Gegenteil wurden diese als Stimuli für die Arbeitskräfteanwerbung genutzt.<sup>111</sup> Das private Refugium mit eingeplanten 11,4 m<sup>2</sup> je Einwohner in Hoyerswerda<sup>112</sup> – immerhin 0,4 m<sup>2</sup> mehr als im Mittel der DDR während der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre – war von der Staatlichen Plankommission so bemessen, daß es angesichts der Wohnungsknappheit in der DDR als Anreiz wirkte. Größe und Grundriß der Wohnungen waren so angelegt, daß ein Rückzug aus der Familie entweder auf Kosten der anderen Mitglieder oder in Bereiche außerhalb der Familie erfolgen mußte.

Der Wohnungsbau in der DDR warf keinen finanziellen Gewinn über Mieteinnahmen ab, sondern er benötigte erhebliche Zuschüsse. In Hoyerswerda kostete beispielsweise der Quadratmeter Wohnfläche – einschließlich Heizung und Warmwasser – lediglich etwa eine Mark Miete.<sup>113</sup> Deshalb versuchten die Planungsorgane, die Baukosten so niedrig wie möglich zu halten. Um das Bautempo zu beschleunigen und die Verluste zu senken, favorisierten sie die Großplatten- und Großblockbauweise. Und parallel dazu berechneten sie die Wohnungsgröße nach der Anzahl der Familienmitglieder. Die soziale Stellung, finanzielle Möglichkeiten und individuelle Bedürfnisse des Mieters spielten bei der Planung der Wohnungsgröße keine Rolle.

Um das Mischungsverhältnis der Wohnungsgröße in den WK festzulegen, ging die Deutsche Bauakademie von der Zahl der Haushalte und ihrer durchschnittlichen Größe in

<sup>109</sup> Ebenda.

<sup>110</sup> Vgl. Flierl, a.a.O., S. 190f., L. Kühne, Haus und Landschaft. Aufsätze, Dresden 1985, S. 9ff.; F. Staufenbiel, Leben in Städten. Soziale Ziele und Probleme der intensiven Stadtreproduktion – Aspekte kultursoziologischer Architekturforschung, Berlin 1989.

<sup>111</sup> Vgl. Hübner, a.a.O., S. 88ff.

<sup>112</sup> Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J/IV/2/2-479: Protokoll, 30. 5. 1956, Punkt 8, Anlage 2, Bl. 13.

<sup>113</sup> Vgl. ADBA, II/07-11/5: Die sozialistische Wohnstadt, a.a.O., S. 66.

der DDR aus und berechnete die ideale Anzahl der Zimmer je Wohnung bei einer Aufteilung nach Personen.<sup>114</sup> Das Forschungsinstitut für Städtebau und Siedlungswesen der Deutschen Bauakademie regte an, das statistische Ergebnis der Aufteilung der Familiengrößen in der DDR nicht schematisch auf die Wohnungsgröße in Hoyerswerda zu übertragen, sondern es der voraussichtlichen Zusammensetzung der Bevölkerung anzupassen.<sup>115</sup> Es schlug ein Mischungsverhältnis der Wohnungsgrößen vor, das zur Grundlage aller nachfolgenden Berechnungen gemacht wurde. Die Zahl der Vier- und Fünzimmerwohnungen hielt der Vorschlag bewußt niedrig, weil das Institut zunächst noch keinen starken Andrang auf diese Wohnungsgrößen erwartete. „Würde sich später ein solcher Bedarf herausbilden, bietet sich die Möglichkeit, diesem durch den individuellen Wohnungsbau gerecht zu werden.“<sup>116</sup> Mit dieser Fragestellung untersuchte das Ministerium für Aufbau in den Neubauzentren von Stalinstadt, Lauchhammer, Calbe und Sangerhausen die Familiengröße und die Zahl der Zimmer.<sup>117</sup> Es kam zu dem Schluß, daß überwiegend junge Familien nach Hoyerswerda ziehen werden. Dementsprechend unterbreitete das Ministerium folgendes Mischungsverhältnis<sup>118</sup> der Wohnungsgröße einem breiteren Kreis zur Diskussion:

Einzimmerwohnungen	1,5%	Vierzimmerwohnungen	6,0%
Zweizimmerwohnungen	42,0%	Fünzimmerwohnungen	2,5%
Dreizimmerwohnungen	48,0%		

Der Rat des Bezirkes Cottbus forderte demgegenüber einen wesentlich höheren Anteil an Dreizimmerwohnungen und schlug vor, nur 32% Zweizimmerwohnungen und dafür 58% Dreizimmerwohnungen zu bauen. Dies lehnte der Bearbeiter des Vorschlages im ZK der SED ab.<sup>119</sup> Der Beirat für Bauwesen schloß sich dieser Ablehnung mit der Begründung an: „Diese Vorstellungen [des Rates des Bezirkes Cottbus – H. M.] entsprechen nicht der gestellten Sofortaufgabe, die darin besteht, möglichst schnell eine große Anzahl von Wohnungen für die Beschäftigten des Kombinats zu schaffen.“ Er veränderte das Mischungsverhältnis zugunsten der kleineren Wohnungen. „Es wird deshalb notwendig sein, bei der Aufschlüsselung den Anteil der Einzimmerwohnungen wesentlich zu erhöhen.“ Der Beirat schlug vor, die Zahl der Einzimmerwohnungen auf 6% zu erhöhen und sie vor allem in Ledigenheimen einzubauen.<sup>120</sup>

Aufgrund der Untersuchungen und Vorschläge ging des Politbüro des ZK der SED in seinem Beschluß vom 30. Mai 1956 über den Aufbau der Neustadt Hoyerswerda von

<sup>114</sup> Vgl. ADBA, II/07-11/1: Mischungsverhältnis der Wohnungsgrößen, 13. 10. 1955.

<sup>115</sup> Ebenda.

<sup>116</sup> Ebenda.

<sup>117</sup> Ebenda: Dokument ohne nähere Kennzeichnung. Der Inhalt läßt den Schluß zu, daß es der Deutschen Bauakademie zur Information vom Ministerium für Aufbau im Dezember 1955/Januar 1956 übergeben wurde.

<sup>118</sup> Ebenda.

<sup>119</sup> Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV/2/606/85: Vorlage für Sitzung des Beirates für Bauwesen am 25. 1. 1956, Bl. 32.

<sup>120</sup> Vgl. ADBA, II/07-11/1: Direktive zur weiteren Vorplanung und städtebaulichen Vorprojektierung der Wohnstadt Hoyerswerda des Beirates für Bauwesen, o. D.

folgenden Prämissen aus: die Familien von Hoyerswerda werden schneller als diejenigen des DDR-Durchschnitts wachsen; sie benötigen außerdem zusätzlichen Wohnraum wegen der Schichtarbeit und der Qualifizierung; es besteht also ein außerordentlicher Bedarf an Drei-, Vier- und Fünzimmerwohnungen.

Das Politbüro legte fest, daß zunächst verstärkt kleinere Wohnungen gebaut werden, während sich das Verhältnis zugunsten größerer Wohnungen etappenweise bis 1963 verschieben sollte. Dementsprechend schlüsselte es das Mischungsverhältnis für jedes Jahr auf.<sup>121</sup> Nach diesem Beschluß verfuhr der Aufbaustab während der nächsten Jahre, denn er besaß wenig Spielraum, die Vorgaben der SED-Führung und staatlichen Stellen zu modifizieren.<sup>122</sup> So war er streng angehalten, die Wohnungen im Durchschnitt für 22 000 DM bei 55 m<sup>2</sup> zu errichten.<sup>123</sup> Die Vorgaben konnten aber nur eingehalten werden, wenn kleinere und größere Wohnungen sich im WK das Gleichgewicht hielten.

In der bereits erwähnten Beratung vom 6. September 1960 lehnten sich die Vertreter der Stadt und des KSP auch gegen das Mischungsverhältnis der Wohnungsgrößen auf. „Es seien zu viele kleine Wohnungen. Man habe davon inzwischen ... genug und teilweise Schwierigkeiten, sie loszuwerden.“<sup>124</sup> Beschwerden der Bevölkerung über die Wohnungsgröße fanden sich nicht in den Akten dieser Jahre. Ein günstigeres Mischungsverhältnis zugunsten größerer Wohnungen wurde durch einen Kunstgriff erreicht. Die eingeleiteten Maßnahmen erwiesen sich als symptomatisch für die Bewältigung von Konflikten in der DDR: Der Aufbaustab ließ zunächst jene Blöcke errichten, in denen größere Wohnungen vorgesehen waren, um die Unzufriedenheit der Behörden abzubauen. Parallel dazu ließ er einen Gebäudetyp mit kleineren Wohnungen bauen, deren Umwandlung in größere Wohnungen je nach Bedarf einfach zu bewerkstelligen war.<sup>125</sup> Man brauchte nur einige Türen zu versetzen, um aus zwei kleinen eine große Wohnung herzustellen. Damit erfüllte der Aufbaustab nicht nur die Vorgaben des Rates des Bezirkes und der Staatlichen Plankommission, sondern unterbot sogar die Parameter für Wohnungsgröße und Kosten je gebauter Wohnung. Es ist sehr wahrscheinlich, daß der ehemalige Direktor des Bezirksbauamtes von Cottbus, der inzwischen eine leitende Funktion im Aufbaustab übernommen hatte, selbst diese Lösung vorschlug. Man kannte die Bürokratie; die Berichte stimmten, wenn auch nur pro forma. Alle Seiten waren zufrieden. Die Kosten für eine Zusammenlegung fielen nicht ins Gewicht. Notfalls übernahm sie der Mieter selbst, aber in der Regel wird sich ein Konto bei der Wohnungsverwaltung gefunden haben.

<sup>121</sup> Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/J/IV/2/2-479: Protokoll, 30. 5. 1956, Punkt 8, Anlage 2, Bl. 13 ff. Die vorgelegten Typen für WK I überschritten die Wohnflächenquote von 11,4 m<sup>2</sup> je Einwohner um 1,4 m<sup>2</sup>. Wegen des eiligen Baubeginns lagen jedoch keine anderen Typen vor. Das Politbüro erteilte der Bauakademie daraufhin den Auftrag, allgemein anwendbare Typen für Großblock- und Großplattenbauweise mit einer Wohnflächenquote von 11,4 m<sup>2</sup> je Einwohner zu erarbeiten.

<sup>122</sup> Vgl. BLHA, Bez. Ctb., Rep. 801, Bezirkstag und Rat des Bezirkes, Nr. 4505 und 4506. Die Bände enthalten zahlreiche Belege für die Einflußnahme des Rates des Bezirkes Cottbus auf Größe und Baukosten der Wohnungen.

<sup>123</sup> Wer die durchschnittliche Größe der Wohnungen mit 55 m<sup>2</sup> und die Baukosten mit 22 000 DM festlegte, war nicht zu ermitteln, jedoch spiegelt sich das Bemühen, diese Vorgaben einzuhalten, praktisch in allen Aktenbänden zum Aufbau von Hoyerswerda wider.

<sup>124</sup> ADBA, II/07-11/5: Stellungnahme des Bearbeiters der städtebaulichen Planung des WK VI und VII.

<sup>125</sup> Ebenda.

Tabelle 2  
Wohnungsgrößen des WK II in Großblockbauweise in m<sup>2</sup>

	Zimmer:					
	1 ½	2	2 ½	3	2 ½	3 ½
Wohnzimmer	15,72	17,89	17,43	17,89	17,43	17,89
Schlafzimmer	10,18	13,62	13,67	13,62	13,67	13,62
Kinderzimmer	-	-	8,86	13,67	10,18	13,67
Küche	5,69	5,69	5,69	5,69	5,69	5,69
Bad/WC	4,47	4,47	4,47	4,47	4,47	4,47
Flur	4,43	4,09	5,40	6,14	5,70	6,14
Fläche gesamt	40,49	45,76	55,52	61,48	65,98	71,67

Quelle: Zusammengestellt nach: BLHA, Bez. Ctb., Rep. 801, Bezirkstag und Rat des Bezirkes, Nr. 4505: Schreiben der Aufbauleitung Hoyerswerda an Bezirksbauamt, 21. 11. 1958.

Obwohl zwischen den Häusern, die in Großblock- und Großplattenbauweise errichtet wurden, Abweichungen in den Raumgrößen vorhanden sind, halten sich diese Unterschiede doch in Grenzen, so daß hier ein Beispiel der Wohnungsgrößen die Raumsituation aller Mieter kennzeichnet.

Jeder Quadratmeter Wohnfläche des WK II kostete 418 DM.<sup>126</sup> Aus dem Beispiel geht hervor, daß und wie Beschlüsse und Richtlinien der SED-Führung und der staatlichen Organe umgangen wurden. Im folgenden ist auf den üblichen Verteilungsmodus von Wohnraum Mitte der fünfziger Jahre einzugehen, um die Wohnverhältnisse besser zu verstehen.<sup>127</sup> Haushalte mit zwei Personen bewohnten zwei Zimmer, mit drei Personen zu 25 % zwei und zu 75 % drei Zimmer. Haushalte mit vier Personen besaßen zu 75 % eine Drei- und zu 25 % eine Vierzimmerwohnung. Haushalte mit fünf Personen hatten zu 10 % eine Drei-, zu 70 % eine Vier- und zu 20 % eine Fünfzimmerwohnung inne.

Diese Analyse des Forschungsinstituts für Städtebau und Siedlungswesen vom Herbst 1955 beweist, daß die Praxis einer egalitären Aufteilung des Wohnraums entgegenstand. Es existierte ein gewisser Spielraum, dessen Vergrößerung die Wohnungssuchenden anstrebten. Trotzdem blieb der Wohnraum beengt, und die neuen Einwohner von Hoyerswerda legten besonderen Wert darauf, gute Abstellgelegenheiten in der Wohnung und Sitzmöglichkeiten im Freien zu erhalten. Die Architekten versuchten, diese Wünsche durch Einbauschränke auf den Fluren und durch windgeschützte Loggien zu befriedigen. Dabei wurde die Loggia dem freiliegenden Balkon und dem französischen Fenster vorgezogen.<sup>128</sup> Bereits in der Planungsphase der Stadt waren umfangreiche Untersuchungen zur Besonnung der Wohnungen angestellt worden. Es gelang den Architekten, sehr viele Häuser so zu plazieren, daß das Wohnzimmer nach Süden und das Schlafzimmer nach Norden zeigte. Die Sonne erreichte selbst die am ungünstigsten gelegenen Wohnräume noch während der Wintersonnenwende.<sup>129</sup> Nach gründlicher Prüfung, nach der der bereits begonnene Bau

<sup>126</sup> Ebenda.

<sup>127</sup> Vgl. ADBA, II/07-11/1: Mischungsverhältnis der Wohnungsgrößen, 13. 10. 1955.

<sup>128</sup> Vgl. ADBA, II/07-11/5: Die sozialistische Wohnstadt, a.a.O., S. 65.

<sup>129</sup> Vgl. ADBA, II/07-11/1: Bebauungsplan des WK II (Sommer 1958), S. 8.

eines Heizwerkes wieder eingestellt werden mußte, erhielt Hoyerswerda Heizung und Warmwasser durch eine 13 km lange Leitung vom KSP.<sup>130</sup> Hoyerswerda-Neustadt war die erste Stadt der DDR ohne Schornsteine.

Der Aufbaustab Hoyerswerda hatte sich das Ziel gesetzt, die Wohnungen technisch so auszustatten, daß die Hausarbeit erleichtert wurde und das Wohnen auch zur Erholung beitrug.<sup>131</sup> Da die Bäder relativ klein waren, führten Mitarbeiter des Aufbaustabes Aussprachen mit den Bewohnern der Neustadt über die technische Ausgestaltung der Gebäude, wobei die Fragen nach den Waschküchen und Trockenanlagen eine bedeutende Rolle spielten. Die Industriewäscherei galt als endgültige Lösung, um den Frauen die Wascharbeit abzunehmen. Als Übergang und für kleinere Wäschen waren Waschstützpunkte in den Kellern mit Waschmaschinen und Waschsals in den WK mit Trockenplätzen in den Außenlagen der WK in der Nähe der Kinderspielflächen vorgesehen.

Auch die Diskussion über die Einrichtung der Küche nahm einen breiten Raum ein. Vor allem R. Paulick engagierte sich und stritt mit Vehemenz für den größten Komfort und die beste Qualität der Ausstattung. Unter seiner Leitung entwarf das Forschungsinstitut für Innenarchitektur der Deutschen Bauakademie eine typengebundene Einbauküche für Hoyerswerda und ließ sie durch die Entwurfswerkstatt bauen. Die Einrichtung reichte vom Kühlschrank bis zum Porzellanwandleuchter. Der Kostenvoranschlag ergab, daß die Küche – einschließlich Einbau – über 2700 Mark kosten würde.<sup>132</sup> Dem Ministerium für Aufbau schienen die Kosten zu hoch, und es begann eine Gegenrechnung aufzumachen. Beispielsweise schlug das Ministerium für die Schrank- und Tischeinbauten billigere Ausführungen vor; der 75-Liter-Kühlschrank sollte durch einen 45-Liter-Kühlschrank ausgetauscht werden. Diese Variante kam schließlich auf 1200 Mark.<sup>133</sup> Um die Unkosten für die Einbauküche weiter zu senken, schlug das Ministerium vor, den Küchenraum um etwa 2 m<sup>2</sup> zu verkleinern. Denn bei einer Einbauküche sei der Flächenbedarf infolge der rationelleren Möblierung geringer als bei hergebrachten Formen.

Offensichtlich traten nicht nur zwischen der Bauakademie und dem Ministerium für Aufbau Meinungsverschiedenheiten über die Ausstattung der Küchen auf, sondern auch innerhalb des Ministeriums selbst.<sup>134</sup> Die Abteilung für Bauwesen des ZK der SED sah sich außerstande, eine Klärung zwischen den Kontrahenten herbeizuführen. Sie übergab die Materialien an das Sekretariat des ZK der SED. Dieses entschied am 16. Mai 1956: „Die Schaffung von Voraussetzungen zur Erleichterung der Hausarbeit sind zur unabdingbaren Notwendigkeit geworden. Ein wesentlicher Schritt dazu sind moderne eingebaute Küchen und eingebaute Kühlschränke, die deshalb in der Wohnstadt Hoyerswerda zur Anwendung kommen sollen. ... Wir sind der Meinung, daß die vom Ministerium für Aufbau angegebenen Kosten von 1200,- DM real sind.“<sup>135</sup> Damit favorisierte das Sekretariat praktisch die

<sup>130</sup> Vgl. ADBA, II/07-11/5: Die sozialistische Wohnstadt, a.a.O., S. 101 ff.

<sup>131</sup> Ebenda, S. 65.

<sup>132</sup> Vgl. SAPMO-BArch, DY 30/IV/2/606/85, Bl. 63 ff.: Aufstellung von Kosten für Einbauküchen.

<sup>133</sup> Ebenda. Nur bis Ende 1959 gehörte der eingebaute Kühlschrank zur Kücheneinrichtung, danach erhielten die Mieter das Vorkaufsrecht für das zur Küche gehörende Modell.

<sup>134</sup> Ebenda und IV/2/3A-517, Bd. 1: Arbeitsprotokoll, 16. 5. 1956, Punkt 3, Ergänzung zur Vorlage vom 4. 4. 1956, übergeben am 4. 5. 1956, Bl. 2.

<sup>135</sup> SAPMO-BArch, DY 30/IV/2/3A-517, Bd. 1: Arbeitsprotokoll, 16. 5. 1956, Punkt 3, Ergänzung zur Vorlage vom 4. 4. 1956, Bl. 1 f.

billigere Variante, ohne jedoch eine direkte Entscheidung zu fällen. Um diese herbeizuführen, stellte die Bauakademie die Musterküche sowohl in der Deutschen Bauausstellung als auch auf der Leipziger Herbstmesse 1956 aus. Nach gründlicher Prüfung durch Fachleute und etwa 40 Hausfrauen erhielt die Bauakademie eine sorgfältig erarbeitete Mängelliste mit 19 Positionen.<sup>136</sup> Fehler und Mängel waren beseitigt und die Preisvorschläge genau geprüft worden, so daß schließlich ein Kompromiß zwischen dem Vorschlag der Bauakademie und dem des Ministeriums für Aufbau zustande kam, der für die ersten WK Gültigkeit hatte.

## 5. Schluß

In der DDR folgte der Städtebau in der Regel dem Bau von Großbetrieben, so daß der Arbeitskräftebedarf die Größe der Siedlung und die Produktion die vorherrschende Tätigkeit der Bewohner bestimmten. Dies war aber nur die eine Seite des Verhältnisses zwischen Betrieb und Stadt, denn der Betrieb gab nicht nur Arbeit, sondern er kümmerte sich auch um die Bewohner der Siedlung von der Krippe bis zur Bahre. Jede Veränderung im Betrieb wirkte sich auf das städtische Leben aus, und jede Störung in der Stadt war im Betrieb spürbar. Hoyerswerda bildete für diesen Städtetyp der DDR ein frühes Beispiel. Beide, Kombinat und Neustadt, wurden nach ihrem ökonomischen Zweck zentral geplant und im Auftrage der Regierung der DDR von den Architekten der unterschiedlichsten Institute auf dem Reißbrett entworfen. In ihrer Planung knüpften die Architekten an die Ideen und Ziele des Dessauer Bauhauses an, wo R. Paulick die dominierende Persönlichkeit beim Aufbau von Hoyerswerda, als Schüler und Mitarbeiter von W. Gropius seine ersten Erfahrungen sammelte, die er in den dreißiger und vierziger Jahren zusammen mit K. Hamburger in Schanghai erweiterte. Auch die Rezeption avantgardistischen Städtebaues der Sowjetunion aus den zwanziger und dreißiger Jahren, die vor allem über K. Liebknecht erfolgte, ergänzte die Planung von Hoyerswerda, während die Dogmatisierung der vierziger und fünfziger Jahre auf geschlossene Ablehnung stieß, zu deren Sprechern sich E. Collein und K. Liebknecht machten.

Der Begriff Arbeitersiedlung – und damit auch derjenige des Arbeiterwohnungsbaues – erfaßt nur ungenau den Charakter der Stadt. Mit Ausnahme der oberen Leitungsebene des KSP und weniger Spezialisten, für die die Bereitschaftssiedlung Brigittenhof errichtet wurde, konnten alle Beschäftigten von der mittleren Leitungsebene bis zum Hilfsarbeiter Wohnungen in Hoyerswerda erhalten. Es gab keine schicht- oder gruppenspezifischen Ausnahmen. Die Zuweisung der Wohnungen erfolgte nach Familiengröße. In späteren Jahren erhielten Einwohner die Möglichkeit, sich ein Einfamilienhaus zu bauen.

Nachdem in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre vor allem in Berlin einzelne Experimente mit der Großblock- und Großplattenbauweise durchgeführt worden waren, wurden sie in Hoyerswerda zum ersten Mal im großen Maßstab angewandt und bestimmten das Stadtbild. Sich aus heutiger Sicht in diese Architektur einzufühlen, ist schwer, weil der Hauptbaustoff Beton inzwischen als Symbol für eine versteinerte Gesellschaft steht. Dahinter darf aber die soziale Utopie der Architekten und Politiker von einer billigen Arbeiterwohnung mit einem gehobenen Komfort nicht übersehen werden. Dieses Ziel schien nur über das industrielle Bauen erreichbar. Die Vergesellschaftung der Dienstleistungen und

<sup>136</sup> Vgl. ADBA II/07-11/7: Bericht über typengebundene Einbauküchen für Hoyerswerda, 25. 10. 1956.

Versorgung, die Errichtung von Kinderkrippen und -gärten, der Bau der Wäscherei und Großküche setzten eindeutige soziale Akzente in den Wohnkomplexen. Sie spiegelten die Absicht wider, materielle Voraussetzungen für die „sozialistische Lebensweise“ zu schaffen. Man strebte Überschaubarkeit des Wohnkomplexes, Zurückdrängung des Lärms, Errichtung von „niveauvollen“ Clubgaststätten und die Schaffung ausgedehnter Grünanlagen an. Brigitte Reimann drückte ihr Unbehagen über das Wohnumfeld im Juni 1963 aus: „Mir bereitet es psychisches Unbehagen, wenn ich durch die Stadt gehe – mit ihrer tristen Magistrale, mit Trockenplätzen zwischen den Häusern, wo Unterhosen und Windeln flattern, mit einer pedantischen und zudem unpraktischen Straßenführung, die die Erfindung des Autos ignoriert, mit Typenhäusern, Typenläden, in denen man eben nur seinen Bedarf an Brot und Kohl deckt, mit Typenlokalen, die nach Durchgangsverkehr und Igelit riechen.“<sup>137</sup> Angesichts dieses Stadtbildes stand die Schriftstellerin ratlos vor dem Phänomen, daß sich viele Bürger offensichtlich in Hoyerswerda wohlfühlten. Arbeitslohn, Wohnung und – inzwischen auch – Nachfolgeeinrichtungen erfüllten die dringendsten Bedürfnisse, demgegenüber war das Wohnumfeld erst zweitrangig.

Seit Beginn der Bautätigkeit in Hoyerswerda im August 1955 beschwerten sich Einwohner der Altstadt über die damit verbundenen Belastungen. Kommunalpolitiker griffen diese Klagen auf und schlugen den Stadtplanern eine Zusammenarbeit im Interesse optimaler Lösungen vor. Es erfolgten aber keine Reaktionen, so daß die Bemühungen der städtischen Organe erlahmten, sich aktiv am Umgestaltungsprozeß zu beteiligen. Sie blieben aber bereit, den zu erwartenden Umbruch des städtischen Lebens nach Möglichkeit abzufedern.

Mit dem Zuzug der Neubürger entstand ein Konfliktherd, der nicht zu ignorieren war. Zunächst herrschten noch Beschwerden über Mängel in den Bauausführungen der Wohnungen und Häuser vor. Die Nachbesserungen wurden anstandslos ausgeführt, banden allerdings erhebliche finanzielle Mittel und Baukapazitäten, die dann an anderen Orten fehlten. Seit Herbst 1958 wuchs die Unzufriedenheit der Bürger über mangelnde Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs und über fehlende Kindereinrichtungen, über die Unzulänglichkeiten des Berufsverkehrs und des Gesundheitswesens. Die Stimmung der Einwohner verschlechterte sich schnell, so daß leitende Mitarbeiter des KSP von einer Katastrophe für das Jahr 1960 sprachen, falls die Ursachen des Konflikts nicht beseitigt werden. Die Arbeiterkontrolle des KSP und die Kombinatleitung schalteten sich in das Baugeschehen ein und fanden in der kommunalen Verwaltung, den Ausschüssen der Nationalen Front, den Frauenausschüssen und der Leitung des Aufbaustabes Unterstützung. Dieses Bündnis stellte eine Kraft dar, die den Bezirksorganen weitreichende Korrekturen der Planung zugunsten der Nachfolgeeinrichtungen abrang. Die Revision des Planes erleichterte die Lebensbedingungen seit dem Herbst 1960 und entspannte die Situation. Parallel dazu wurde die Leitung des Aufbaustabes mit R. Paulick und K. Hamburger abgelöst und die Leitungsstruktur verändert.

Den Bürgern von Hoyerswerda war es klar, daß die Veränderungen nur auf Grund ihres Drucks erfolgt waren. Obwohl ihnen kein direktes Mitspracherecht zur Ausgestaltung ihres Wohnumfeldes eingeräumt wurde, hoben die Erfolge das Selbstbewußtsein. Eine allgemeine Diskussion war nicht länger zu unterbinden. Initiiert durch Brigitte Reimann wurde

<sup>137</sup> Reimann, a.a.O., S. 154.

sie seit dem Sommer 1963 öffentlich geführt und gleichzeitig kanalisiert. Die Schriftstellerin resümierte Ende Mai 1964: „In Hoyerswerda wird sich nun doch – nach langem Hin und Her ... – allerhand verändern: Wir bekommen wieder einen Aufbaustab und einen Chefarchitekten, und es gibt eine neue vernünftige Konzeption für den weiteren Aufbau der Stadt. Ich grinste blöd vor Stolz: Das alles habe ich mit meinem Artikel in Gang gesetzt.“<sup>138</sup>

<sup>138</sup> Ebenda, S. 185.